2026-0054
Beschlussvorlage
öffentlich

GEMEINDE MAINHAUSEN

Änderung der Entwässerungssatzung

Organisationseinheit:	*Datum*
Tiefbau / Infrastruktur	19.05.2026
Antragsteller:	
Bürgermeister Frank Simon	

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Haupt- und Finanzausschuss (Vorberatung)	02.06.2026	Ö
Gemeindevertretung (Entscheidung)	16.06.2026	Ö

Begründung:

Zuletzt wurde die Entwässerungssatzung zum 01.01.2022 geändert. Da der Gesetzgeber in Abständen von 3-4 Jahren eine neue Gebührenkalkulation vorsieht, wurde durch die Energienetze Offenbach eine Überprüfung der Allevo Kommunalberatung GmbH veranlasst.

Beschlussvorschlag:

Der Gebührenkalkulation der Allevo Kommunalberatung vom 18. Mai 2026 wird zugestimmt. Sie hat der Gemeindevertretung bei der Beschlussfassung über die Gebührensätze vorgelegen.

Die Gemeinde Mainhausen erhebt Gebühren für ihre öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung. Sie wählt als Gebührenmaßstab für die Gebühr der Schmutzwasserbeseitigung den Frischwassermaßstab und für die Gebühr der Niederschlagswasserbeseitigung die bebaute und künstlich befestigte Grundstücksfläche, von der das Niederschlagswasser in die Abwasseranlage eingeleitet wird oder abfließt.

Nach § 10 Abs. 2 S. 7 KAG sind Kostenüberdeckungen, die sich am Ende eines Kalkulationszeitraums ergeben, innerhalb der folgenden fünf Jahre zwingend auszugleichen. Kostenunterdeckungen, die am Ende des Kalkulationszeitraums entstehen, sollen innerhalb der folgenden fünf Jahre ausgeglichen werden.

Im Bereich der Schmutzwasserbeseitigung wurden von der Allevo Kommunalberatung folgende Ergebnisse für die Jahre 2021 bis 2023 ermittelt:

2021	Kostenüberdeckung in Höhe von	21.353 €
2022	Kostenunterdeckung in Höhe von	-21.682 €
2023	Kostenunterdeckung in Höhe von	-52.146 €

Darüber hinaus besteht aus dem Jahr 2020 noch eine restliche Kostenüberdeckung in Höhe von

63.866 €. Die Ausgleichsfrist für das Ergebnis aus dem Jahr 2020 endete zwar bereits im Jahr 2025. Die Überdeckung wird auf freiwilliger Basis in voller Höhe in das Kalkulationsjahr 2026 eingestellt.

Die Kostenüberdeckung aus dem Jahr 2021 wird in voller Höhe in das Kalkulationsjahr 2026 eingestellt.

Die Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2022 wird in voller Höhe in das Kalkulationsjahr 2026 eingestellt.

Die Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2023 wird in Höhe von -41.717 € in das Kalkulationsjahr 2026 und die restliche Unterdeckung in Höhe von -10.429 € in das Kalkulationsjahr 2027 eingestellt.

Im Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung wurden von der Allevo Kommunalberatung folgende Ergebnisse für die Jahre 2021 bis 2023 ermittelt:

2021	Kostenunterdeckung in Höhe von	-90.767 €
2022	Kostenunterdeckung in Höhe von	-39.730 €
2023	Kostenunterdeckung in Höhe von	-40.353 €

Die Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2021 wird in voller Höhe in das Kalkulationsjahr 2026 eingestellt.

Die Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2022 wird in voller Höhe in das Kalkulationsjahr 2027 eingestellt.

Die Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2023 wird in Höhe von -16.141 € in das Kalkulationsjahr 2027 und die restliche Unterdeckung in Höhe von -24.212 € in das Kalkulationsjahr 2028 eingestellt.

Die Ergebnisse der Jahre 2024 ff. werden noch ermittelt und sollen zu einem späteren Zeitpunkt innerhalb der gesetzlichen Ausgleichsfrist ausgeglichen werden.

Den in der Gebührenkalkulation enthaltenen Abschreibungssätzen, dem Zinssatz, der Abschreibungs- und Verzinsungsmethode sowie den weiteren Ermessensentscheidungen wird ausdrücklich zugestimmt.

Auf der Grundlage der vorliegenden Gebührenkalkulation werden die Gebühren für die Jahre 2026 bis 2028 wie folgt festgesetzt:

Schmutzwassergebühr	
01.01.2026 bis 31.12.2026	3,49 €/m³
01.01.2027 bis 31.12.2027	3,52 €/m³
01.01.2028 bis 31.12.2028	3,55 €/m³

Niederschlagswassergebühr	
01.01.2026 bis 31.12.2026	0,91 €/m²
01.01.2027 bis 31.12.2027	0,87 €/m²
01.01.2028 bis 31.12.2028	0,87 €/m²

Die Änderung der beigefügten Entwässerungssatzung wird beschlossen und rückwirkend zum 01.01.2026 wirksam.

Anlage/n

1 Mainhausen GEB ABW 2026-2028 Endfassung 18.05.2026 (öffentlich)
2 2026-05-19 Entwaesserungssatzung Änderungsvermerke (öffentlich)

18.05.2026

Gemeinde Mainhausen

Gebührenkalkulation Abwasser

2026 bis 2028

Inhalt

1. Ausgangssituation/ Beratungsauftrag 3

2. Rechtsgrundlagen 4

3. Öffentliche Einrichtung 4

3.1. Abwasserbeseitigung in Mainhausen 4

3.2. Grundstücksanschlüsse/ Anschlussleitungen 5

4. Kalkulationszeitraum 5

5. Vorgehensweise 6

5.1. Kostenermittlung 6

5.2. Divisionskalkulation 6

6. Abschreibungen 7

7. Auflösungen 7

8. Verzinsung des Anlagekapitals 7

9. Kostenaufteilung 8

9.1. Aufteilung der Kapitalkosten 8

9.2. Aufteilung der Betriebskosten 9

9.3. Aufteilung der Verbandsumlage 9

10. Bemessungseinheiten 10

11. Straßenentwässerungsanteil 10

12. Gemeindebetreff 10

13. Ausgleich von Vorjahresergebnissen 11

1. Ausgangssituation/ Beratungsauftrag

Die Gemeinde Mainhausen möchte die Gebührensätze für die Abwasserbeseitigung rückwirkend zum 01.01.2026 neu beschließen. In diesem Zusammenhang erhielten wir den Auftrag, eine Gebührenkalkulation für die Jahre 2026 bis 2028 zu erstellen.

Es fanden umfangreiche Abstimmungen zur Erstellung der Gebührenkalkulation statt, in denen uns Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung und der Energienetze Offenbach die nötigen Auskünfte gaben und uns mit Unterlagen unterstützten. Für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit möchten wir uns herzlich bedanken.

Meerbusch, den 18.05.2026
Allevo Kommunalberatung

Inna Schwebs

Inna Schwebs
Diplom-Wirtschaftsjuristin

2. Rechtsgrundlagen

Die vorliegende Gebührenkalkulation beruht auf § 10 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG). Danach können die Gemeinden als Gegenleistung für die Inanspruchnahme ihrer öffentlichen Einrichtungen Benutzungsgebühren erheben.

Über die Höhe des Gebührensatzes hat die Gemeindevertretung als zuständiges Rechtsetzungsorgan innerhalb der gesetzlichen Schranken nach pflichtgemäßem Ermessen zu beschließen. Entscheidungsgrundlage soll hierbei die vorliegende Gebührenkalkulation bilden, aus der die kostendeckende Gebührensatzobergrenze hervorgeht.

Die Gebühren dürfen höchstens so bemessen werden, dass die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten der Einrichtung gedeckt werden (Kostenobergrenze). Hierzu gehören insbesondere Aufwendungen für die laufende Verwaltung und Unterhaltung der Einrichtung, Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, angemessene Abschreibungen sowie eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals.

3. Öffentliche Einrichtung

Bei der Abwasserbeseitigung handelt es sich gemäß § 1 der Entwässerungssatzung (EWS) der Gemeinde Mainhausen um eine öffentliche Einrichtung.

3.1. Abwasserbeseitigung in Mainhausen

Das gesamte Abwasser der Gemeinde Mainhausen wird in der Kläranlage des Abwasserverbandes „Schleifbach“, bei dem die Gemeinde Mitglied ist, gereinigt. Die Gemeinde Mainhausen entrichtet an den Verband jährliche Umlagezahlungen, die als Kosten in die Gebührenkalkulation der Gemeinde einzubeziehen sind.

Zwischen der Gemeinde Mainhausen und der ENO liegt ein Betreibervertrag vor. Danach hat der Betreiber die Pflicht, die Abwässer, die im Gebiet der Gemeinde Mainhausen in das Kanalnetz eingeleitet werden, abzuleiten und zur Kläranlage Schleifbach bis zu den Übergabepunkten zuzuführen. Die hierfür entstehenden jährlichen Kosten werden von der Gemeinde erstattet. Diese Kosten stellen gebührenfähige Kosten dar und werden in der vorliegenden Gebührenkalkulation berücksichtigt.

Die von der ENO betriebenen Anlagenteile bleiben bzw. werden nach ihrer Herstellung öffentliche Einrichtungen der Gemeinde Mainhausen. Für diese Anlagen fließen daher Kosten in Form von Abschreibungen und Zinsen in die Gebührenkalkulation ein.

Darüber hinaus werden Kosten berücksichtigt, die für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen bei der Gemeinde direkt entstehen, insbesondere Verwaltungsgemeinkosten und Unterhaltungskosten.

3.2. Grundstücksanschlüsse/ Anschlussleitungen

Gemäß § 4 Abs. 1 EWS hat jeder Eigentümber eines Grundstücks, auf dem Abwasser anfällt, die Pflicht, dieses Grundstück an die Abwasseranlage anzuschließen, wenn es durch eine betriebsfertige Sammelleitung erschlossen und eine Anschlussleitung an das Grundstück herangeführt ist. Dabei muss das Grundstück gemäß § 3 Abs. 1 EWS gesondert und unmittelbar an die Anschlussleitung angeschlossen werden. Die Anschlussleitung wird gemäß § 3 Abs. 4 EWS ausschließlich von der Gemeinde hergestellt, erneuert, verändert, unterhalten oder beseitigt.

Anschlussleitungen werden nach § 2 EWS definiert als Leitungen von der Sammelleitung bis zur Grenze der zu entsorgenden Grundstücke. Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung, Unterhaltung oder Beseitigung der Anschlussleitungen ist der Gemeinde nach § 22 Abs. 1 EWS in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.

Zur Vermeidung einer Doppelbelastung dürfen daher die entsprechenden Kosten nicht über Gebühren finanziert werden. Nach Mitteilung der Verwaltung sind im Anlagenachweis sowie im Teilergebnishaushalt der Gemeinde sowohl Kosten als auch Erstattungen für die Anschlussleitungen zwar enthalten. Durch die Berücksichtigung beider Positionen werden jedoch Kosten mit Erstattungen miteinander verrechnet, sodass sie nicht über Gebühren finanziert werden.

4. Kalkulationszeitraum

Gemäß § 10 Abs. 2 S. 6 KAG ist ein Kalkulationszeitraum von bis zu fünf Jahren zulässig. Nach Abstimmung mit der Verwaltung wurde die Gebührenkalkulation für die Jahre 2026 bis 2028 in Form von Einzeljahreskalkulationen erstellt.

Die Gebührensätze sollen rückwirkend zum 01.01.2026 in Kraft treten. Grundsätzlich kann eine Abgabensatzung gemäß § 3 Abs. 1 KAG mit rückwirkender Kraft erlassen werden, wenn das rückwirkende Inkrafttreten durch sachliche Erwägungen gerechtfertigt und für die Abgabenpflichtigen voraussehbar und zumutbar ist. Dabei darf die Rückwirkung einen Zeitraum von sechs Monaten nicht überschreiten. Diese Voraussetzungen sind nach Mitteilung der Verwaltung im vorliegenden Fall erfüllt. Insbesondere wurden die Abgabepflichtigen auf die rückwirkende Anpassung der Gebührensätze rechtzeitig hingewiesen.

5. Vorgehensweise

5.1. Kostenermittlung

Bei der Ermittlung der ansatzfähigen Betriebskosten für die vorliegenden Kalkulationsjahre wurden der Teilergebnishaushalt 2025, der vorläufige Teilergebnishaushalt für das Jahr 2026 sowie die vorläufige Teilergebnisrechnung für das Jahr 2024 herangezogen. Auf dieser Grundlage wurden die Ansätze für die Jahre 2026 bis 2028 mit der Gemeindeverwaltung abgestimmt.

Für die Ermittlung der ansatzfähigen kalkulatorischen Kosten wurde der Anlagenachweis zum Stand 31.12.2023 zugrunde gelegt und für die Jahre 2024 bis 2028 fortgeschrieben. Zugänge der Jahre 2024 bis 2028 wurden in den Anlagen 4 und 5 abgebildet.

5.2. Divisionskalkulation

Die so ermittelten Kosten werden durch die prognostizierten Bemessungseinheiten der Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung geteilt, um die Gebührensatzobergrenze zu ermitteln.

Schema Schmutzwassergebühr

$$\text{Gebührensatzobergrenze} = \frac{\text{voraussichtlich gebührenfähige Kosten Schmutzwasserbeseitigung}}{\text{voraussichtliche Schmutzwassermenge}}$$

Schema Niederschlagswassergebühr

$$\text{Gebührensatzobergrenze} = \frac{\text{voraussichtlich gebührenfähige Kosten Niederschlagswasserbeseitigung}}{\text{voraussichtliche bebaute und versiegelte Fläche}}$$

6. Abschreibungen

Mit den angemessenen „Abschreibungen“ soll die tatsächliche Abnutzung betriebsnotwendiger Anlagen durch den Gebrauch wertmäßig erfasst und als Kosten auf die einzelnen Jahre der mutmaßlichen Nutzungsdauer aufgeteilt werden.

Abschreibungen können grundsätzlich vom Anschaffungswert oder vom Wiederbeschaffungszeitwert vorgenommen werden. Der Anschaffungswert ist der Wert, der für die Anschaffung oder Herstellung tatsächlich nominal aufgewendet wurde. Der Wiederbeschaffungs-zeitwert ist der Wert, der für die Neubeschaffung des Anlageguts zum jeweiligen Abschreibungszeitpunkt aufgebracht werden müsste.

Die Abschreibung vom Wiederbeschaffungszeitwert ist gemäß § 10 Abs. 2 S. 5 KAG zulässig, bildet aber in der Praxis bisher die Ausnahme. Die Gemeinde Mainhausen nimmt ihre Abschreibungen vom Anschaffungswert vor. Diese Handhabung wurde in der vorliegenden Gebührenkalkulation weiterhin zu Grunde gelegt.

7. Auflösungen

Beiträge, Zuweisungen und Zuschüsse Dritter werden im Anlagenachweis als Sonderposten aus Investitionszuweisungen und -beiträgen passiviert und jährlich aufgelöst.

Gemäß § 10 Abs. 2 S. 4 KAG dürfen Abschreibungen auf beitragsfinanzierte Investitionsaufwendungen nur erfolgen, wenn die zu ihrer Finanzierung erhobenen Beiträge jährlich in einem der Abschreibung entsprechenden Zeitraum aufgelöst werden. Das heißt, die Erträge aus der Auflösung von Beiträgen sind in diesem Fall in die Kalkulation einzubeziehen. Hiervon ausgenommen sind lediglich die Beiträge, die vor dem 01.01.1984 erhoben worden sind. In der Gemeinde Mainhausen werden jedoch auch diese Beiträge zugunsten der Gebührenzahler kostenmindernd angesetzt.

Erträge aus der Auflösung von Zuschüssen können dagegen nach KAG und sollen nach den Verwaltungsvorschriften zu § 38 Nr. 3 S. 2 GemHVO in der Gebührenkalkulation unberück-sichtigt bleiben. Dort heißt es in Nr. 3 „Empfangene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge sind als Sonderposten zu passivieren und zeitbezogen aufzulösen. Sind diese Mittel ausschließlich dazu bestimmt, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, sind die Auflösungserträge nicht dem Fachprodukt, sondern dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen.“

In der vorliegenden Kalkulation wurden aus den oben genannten Gründen die Auflösungen von Zuschüssen nicht berücksichtigt.

8. Verzinsung des Anlagekapitals

Zu den Kosten der Einrichtung, die in der Regel über Gebühreneinnahmen gedeckt werden sollen, zählt nach § 10 Abs. 2 S. 2 KAG eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals. Unter Anlagekapital ist das für das Anlagevermögen von kostenrechnenden Einrichtungen gebundene Kapital zu verstehen. Dabei hat gemäß § 10 Abs. 2 S. 3 KAG der aus Beiträgen und Zuschüssen Dritter aufgebrachte Kapitalanteil außer Betracht zu bleiben.

Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, zwischen der Restwertmethode und der Durchschnittswertmethode zu wählen. Die Gemeinde Mainhausen verzinst ihr Anlagekapital nach der Restwertmethode. Zur Ermittlung des zu verzinsenden Anlagekapitals soll nach Mitteilung der Verwaltung der Jahresendwert verwendet werden. Als Zinssatz sollte nach Mitteilung der Verwaltung ein kalkulatorischer Zinssatz in Höhe von **3,0 %** zu Grunde gelegt werden.

9. Kostenaufteilung

Für die Berechnung der Schmutz- und Niederschlagswassergebühren ist eine Aufteilung der Kosten in die Kostengruppen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung erforderlich. Da die meisten Anlagen der Abwasserbeseitigung Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam ableiten und behandeln, können die entstehenden Kosten im Regelfall nicht einer der beiden Gruppen vollständig zugeordnet werden. Zur Aufteilung der Kosten ist daher die Entwicklung sachgerechter Schlüssel notwendig. Diese wurden für die Gemeinde Mainhausen durch die Firma Kommunal-Consult Becker AG ermittelt.

Die Gemeinde Mainhausen verfügt über keine eigenen Kläranlagen. Aus diesem Grund entfiel eine Trennung der Schlüssel für die Bereiche Kläranlage und Kanalisation (einschließlich Sonderbauwerke). Es wurden nur die Schlüssel für die Kanalisation ermittelt. Diese wurden differenziert nach Kapitalkosten und Betriebskosten berechnet.

9.1. Aufteilung der Kapitalkosten

Für die Kapitalkosten erfolgte die Ermittlung nach einer kostenorientierten Methodik. Hierbei wurden die Kosten zweier fiktiver Kanalsysteme (Schmutz- und Niederschlagswasserkanalisation) ermittelt und ins Verhältnis gesetzt. Die Berechnung ergab folgendes Verhältnis, das auf die Kapitalkosten der Gemeinde Mainhausen angewandt wurde:

Kapitalkosten Kanalisation

- Schmutzwasser 38,75 %
- Niederschlagswasser 61,25 %

9.2. Aufteilung der Betriebskosten

Für die Betriebskosten erfolgte die Ermittlung nach einer abflussmengenorientierten Methodik. Basis dieser Ermittlung bildete die Mengenverteilung im Kanalsystem der Gemeinde Mainhausen. Aus der Berechnung ergab sich folgendes Verteilungsverhältnis:

Betriebskosten Kanalisation

- Schmutzwasser 53,90 %
- Niederschlagswasser 46,10 %

9.3. Aufteilung der Verbandsumlage

Die Schlüssel zur Aufteilung der Verbandsumlage wurden durch die Planungsgemeinschaft Häfner-Oefner, Langenselbold wie folgt ermittelt:

Kapitalkosten Kanalisation

- Schmutzwasser 26,60 %
- Niederschlagswasser 73,40 %

Kapitalkosten Kläranlage

- Schmutzwasser 72,70 %
- Niederschlagswasser 27,30 %

Betriebskosten Kanalisation

- Schmutzwasser 66,80 %
- Niederschlagswasser 33,20 %

Betriebskosten Kläranlage

- Schmutzwasser 84,40 %
- Niederschlagswasser 15,60 %

10. Bemessungseinheiten

Für die Prognose der Bemessungseinheiten der **Schmutzwasserbeseitigung** wurde die Mengenentwicklung der vergangenen Abrechnungsjahre ausgewertet. Auf dieser Grundlage wurde in Absprache mit der Verwaltung die voraussichtliche zukünftige Entwicklung geschätzt.

Für die Prognose der Bemessungseinheiten der **Niederschlagsbeseitigung** wurde die Flächenentwicklung der vergangenen Abrechnungsjahre ausgewertet. Auf dieser Grundlage wurde in Absprache mit der Verwaltung die voraussichtliche zukünftige Entwicklung geschätzt.

11. Gemeindebetreff

Die Mengen durch die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung „Abwasserbeseitigung“ durch die Gemeinde Mainhausen selbst wurden bei den Bemessungseinheiten mit in die Gebührenkalkulation eingestellt, da öffentliche Gebäude, wie Kindergärten, Schulen und das Rathaus, eigene Zähler haben und somit die verbrauchte Leistungsmenge genau ermittelt werden konnte. Auch wurden die befestigten Flächen dieser Gebäude in der vorliegenden Gebührenkalkulation berücksichtigt. Insofern werden die übrigen Gebührenzahler mit den auf diese Mengen und Flächen entfallenden Kosten nicht belastet.

12. Straßenentwässerungsanteil

Die Kosten, die für die Ableitung des Oberflächenwassers von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in die gemeindeeigene Kanalisation entstehen, müssen von der Gemeinde selbst getragen werden und dürfen nicht dem Gebührenzahler auferlegt werden. Die Ermittlung dieses Kostenanteils kann über das Verhältnis der Straßenflächen zu den versiegelten Grundstücksflächen erfolgen oder durch einen prozentualen Abzug bei den anfallenden Kosten.

In der Gemeinde Mainhausen wird dieser Anteil über das Verhältnis der Straßenflächen zu den versiegelten Grundstücksflächen ermittelt. Hierfür werden die Straßenflächen in die Bemessungseinheiten für die Niederschlagswasserbeseitigung einbezogen. Dadurch erfolgt eine Verteilung der Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung auch auf den Anteil der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze, ohne dass dem Einnahmen der Gebührenzahler gegenüberstehen. Der sich daraus ergebende Kostenanteil muss aus Haushaltsmitteln des Produktes „Straße“ getragen werden.

13. Ausgleich von Vorjahresergebnissen

Nach § 10 Abs. 2 S. 7 KAG sind Kostenüberdeckungen, die sich am Ende eines Kalkulationszeitraums ergeben, innerhalb der folgenden fünf Jahre zwingend auszugleichen. Kostenunterdeckungen, die am Ende des Kalkulationszeitraums entstehen, sollen innerhalb der folgenden fünf Jahre ausgeglichen werden.

Im Bereich der Schmutzwasserbeseitigung wurden folgende Ergebnisse für die Jahre 2021 bis 2023 ermittelt:

Schmutzwasserbeseitigung

2021	Kostenüberdeckung in Höhe von	21.353 €
2022	Kostenunterdeckung in Höhe von	-21.682 €
2023	Kostenunterdeckung in Höhe von	-52.146 €

Es besteht aus dem **Jahr 2020** noch eine **restliche Kostenüberdeckung** in Höhe von **63.866 €**. Die Ausgleichsfrist endete hierfür im Jahr 2025. Ein Ausgleich im Jahr 2025 ist jedoch nicht mehr möglich. Nach Mitteilung der Verwaltung soll der Gemeindevertretung vorgeschlagen werden, diese Überdeckung in voller Höhe in das **Kalkulationsjahr 2026** einzustellen und damit vollständig auszugleichen.

Die **Kostenüberdeckung** aus dem **Jahr 2021** muss bis Ende 2026 ausgeglichen werden. Nach Mitteilung der Verwaltung soll der Gemeindevertretung vorgeschlagen werden, die Überdeckung in voller Höhe in das **Kalkulationsjahr 2026** einzustellen und damit vollständig auszugleichen.

Die **Kostenunterdeckung** aus dem **Jahr 2022** kann nur bis Ende 2027 ausgeglichen werden. Nach Mitteilung der Verwaltung soll der Gemeindevertretung vorgeschlagen werden, die Unterdeckung in voller Höhe in das **Kalkulationsjahr 2026** einzustellen und damit vollständig auszugleichen.

Die **Kostenunterdeckung** aus dem **Jahr 2023** kann nur bis Ende 2028 ausgeglichen werden. Nach Mitteilung der Verwaltung soll der Gemeindevertretung vorgeschlagen werden, die Unterdeckung in Höhe von **-41.717 €** in das **Kalkulationsjahr 2026** und die restliche Unterdeckung in Höhe von **-10.429 €** in das **Kalkulationsjahr 2027** einzustellen und damit vollständig auszugleichen.

Im Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung wurden folgende Ergebnisse für die Jahre 2021 bis 2023 ermittelt:

Niederschlagswasserbeseitigung

2021	Kostenunterdeckung in Höhe von	-90.767 €
2022	Kostenunterdeckung in Höhe von	-39.730 €
2023	Kostenunterdeckung in Höhe von	-40.353 €

Die **Kostenunterdeckung** aus dem **Jahr 2021** kann nur bis Ende 2026 ausgeglichen werden. Nach Mitteilung der Verwaltung soll der Gemeindevertretung vorgeschlagen werden, die Unterdeckung in voller Höhe in das **Kalkulationsjahr 2026** einzustellen und damit vollständig auszugleichen.

Die **Kostenunterdeckung** aus dem **Jahr 2022** kann nur bis Ende 2027 ausgeglichen werden. Nach Mitteilung der Verwaltung soll der Gemeindevertretung vorgeschlagen werden, die Unterdeckung in voller Höhe in das **Kalkulationsjahr 2027** einzustellen und damit vollständig auszugleichen.

Die **Kostenunterdeckung** aus dem **Jahr 2023** kann nur bis Ende 2028 ausgeglichen werden. Nach Mitteilung der Verwaltung soll der Gemeindevertretung vorgeschlagen werden, die Unterdeckung in Höhe von **-16.141 €** in das **Kalkulationsjahr 2027** und die restliche Unterdeckung in Höhe von **-24.212 €** in das **Kalkulationsjahr 2028** einzustellen und damit vollständig auszugleichen.

Kalkulation

Inhaltsverzeichnis

Übersicht über die Berechnungsergebnisse 14

zentrale Abwasserbeseitigung

Berechnung der Schmutzwassergebühr 15
Berechnung der Niederschlagswassergebühr 16

Berechnungsgrundlagen

Anlage 1 Aufstellung der Kosten und Erlöse
Kosten und Erlöse 2026 17
Kosten und Erlöse 2027 19
Kosten und Erlöse 2028 21

Anlage 2 Bemessungseinheiten 23

Anlage 3 Anlagevermögen zum 31.12.2023 24

Anlage 4 Kanalnetz einschließlich Sonderbauwerke 26

Anlage 5 Beiträge und Hausanschlüsse 27

Berechnungsergebnisse für die Jahre 2026 bis 2028

	bisheriger Gebührensatz	errechneter Gebührensatz	**mit Vorjahres-ausgleich**
Schmutzwassergebühr	2,80 €/m³		
01.01.2026 bis 31.12.2026		3,55 €/m³	**3,49 €/m³**
01.01.2027 bis 31.12.2027		3,50 €/m³	**3,52 €/m³**
01.01.2028 bis 31.12.2028		3,55 €/m³	**3,55 €/m³**
Niederschlagswassergebühr	0,63 €/m²		
01.01.2026 bis 31.12.2026		0,83 €/m²	**0,91 €/m²**
01.01.2027 bis 31.12.2027		0,82 €/m²	**0,87 €/m²**
01.01.2028 bis 31.12.2028		0,84 €/m²	**0,87 €/m²**

Berechnung der Schmutzwassergebühr

				2026	2027	2028
Kostenanteil Schmutzwasserbeseitigung lt. Anl. 1				1.391.431 €	1.371.581 €	1.391.376 €
abzgl. Erlösanteil Schmutzwasserbeseitigung lt. Anl. 1				-29.173 €	-29.205 €	-29.238 €
gebührenfähige Kosten				1.362.258 €	1.342.376 €	1.362.138 €
Schmutzwassermenge lt. Anl. 2				383.330 m³	383.330 m³	383.330 m³
Schmutzwassergebühr ohne Berücksichtigung Vorjahre				**3,55 €/m³**	**3,50 €/m³**	**3,55 €/m³**
Berücksichtigung von Vorjahren	**Ergebnis**	**Ausgleich**	**Rest**			
Kostenüberdeckung aus dem Jahr 2020 (Rest)	63.866 €	63.866 €	0 €	-63.866 €	0 €	0 €
Kostenüberdeckung aus dem Jahr 2021	21.353 €	21.353 €	0 €	-21.353 €	0 €	0 €
Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2022	-21.682 €	-21.682 €	0 €	21.682 €	0 €	0 €
Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2023	-52.146 €	-52.146 €	0 €	41.717 €	10.429 €	0 €
Summe Berücksichtigung Vorjahre	11.391 €	11.391 €	0 €	-21.820 €	10.429 €	0 €
gebührenfähige Kosten einschließlich Berücksichtigung Vorjahre				1.340.438 €	1.352.805 €	1.362.138 €
Schmutzwassermenge lt. Anl. 2				383.330 m³	383.330 m³	383.330 m³
Schmutzwassergebühr einschließlich Berücksichtigung Vorjahre				**3,49 €/m³**	**3,52 €/m³**	**3,55 €/m³**

Berechnung der Niederschlagswassergebühr

				2026	2027	2028
Kostenanteil Niederschlagswasserbeseitigung lt. Anl. 1				938.875 €	932.356 €	959.093 €
abzgl. Erlösanteil Niederschlagswasserbeseitigung lt. Anl. 1				-44.938 €	-44.966 €	-44.993 €
gebührenfähige Kosten				893.937 €	887.390 €	914.100 €
bebaute und befestigte Fläche lt. Anl. 2				1.076.150 m²	1.076.150 m²	1.076.150 m²
Niederschlagswassergebühr ohne Berücksichtigung Vorjahre				**0,83 €/m²**	**0,82 €/m²**	**0,84 €/m²**
Berücksichtigung von Vorjahren	**Ergebnis**	**Ausgleich**	**Rest**			
Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2021	-90.767 €	-90.767 €	0 €	90.767 €	0 €	0 €
Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2022	-39.730 €	-39.730 €	0 €	0 €	39.730 €	0 €
Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2023	-40.353 €	-40.353 €	0 €	0 €	16.141 €	24.212 €
Summe Berücksichtigung Vorjahre	-170.850 €	-170.850 €	0 €	90.767 €	55.871 €	24.212 €
gebührenfähige Kosten einschließlich Berücksichtigung Vorjahre				984.704 €	943.261 €	938.312 €
bebaute und befestigte Fläche lt. Anl. 2				1.076.150 m²	1.076.150 m²	1.076.150 m²
Niederschlagswassergebühr einschließlich Berücksichtigung Vorjahre				**0,91 €/m²**	**0,87 €/m²**	**0,87 €/m²**
nachrichtlich:						
öffentliche Straßen lt. Anl. 2				324.405 m²	324.405 m²	324.405 m²
Anteil Straßenentwässerung **ohne** Vorjahresausgleich				269.256 €	266.012 €	272.500 €
Anteil Straßenentwässerung **mit** Vorjahresausgleich				295.209 €	282.232 €	282.232 €

Kosten Abwasserbeseitigung 2026

Anlage 1

Teilergebnishaushalt Abwasserbeseitigung

Konten	Bezeichnung	TER 2024	HH-Plan 2025	HH-Plan 2026 Entwurf	Kosten 2026 gesamt	Kosten 2026 Kanal-netz	davon SW Anteil	davon SW €	davon NW Anteil	davon NW €	Kosten 2026 Klär-anlage	davon SW Anteil	davon SW €	davon NW Anteil	davon NW €	Summe gesamt	Summe SW	Summe NW
6057000	Abwasser (Fäkalschlamm, Grubenleerung) **)	6.240	23.000	23.000	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
6061000	Materialaufwand für Gebäude	74.976	170.000	270.000	111.000	111.000	53,90%	59.829	46,10%	51.171	0					111.000	59.829	51.171
6064000	Material- und Reparaturaufwand Schmutzwasseranlage	0	175.000	280.000	114.000	114.000	53,90%	61.446	46,10%	52.554	0					114.000	61.446	52.554
6089100	sonstige Sachausgaben Müll	5.639	0	0	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
6100100	Fremdleistungen für Erzeugnisse	402.056	378.000	385.000	400.000	400.000	53,90%	215.600	46,10%	184.400	0					400.000	215.600	184.400
6106000	sonstige Müllentsorgungskosten	8.318	0	0	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
6139000	sonstige weitere Fremdleistungen	34.821	90.000	75.000	75.000	75.000	53,90%	40.425	46,10%	34.575	0					75.000	40.425	34.575
6173000	Fremdreinigung	16.006	75.000	0	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
6702000	Gestattungsgebühren	0	100	0	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
6779000	Aufw. Beratungsleistungen	1.307	0	0	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
9400003	Kosten aus ILV Bauhof	339	0	0	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
9400004	Kosten aus ILV Verrechnung Gebührenhaush.	94.801	85.000	96.000	96.000	96.000	53,90%	51.744	46,10%	44.256	0					96.000	51.744	44.256
	Summe Betriebskosten	**644.503**	**996.100**	**1.129.000**	**796.000**	**796.000**		**429.044**		**366.956**	**0**		**0**		**0**	**796.000**	**429.044**	**366.956**
7123000	Umlage Abwasserverband	854.801	855.000	897.240														
	Betriebskosten Gruppensammler				5.970	5.970	66,80%	3.988	33,20%	1.982	0					5.970	3.988	1.982
	Betriebskosten RÜB's				7.806	7.806	66,80%	5.214	33,20%	2.592	0					7.806	5.214	2.592
	Zinsen Kläranlage				9.149	0					9.149	72,70%	6.651	27,30%	2.498	9.149	6.651	2.498
	übrige Kosten (Betriebskosten)				603.985	19.932	66,80%	13.315	33,20%	6.617	584.053	84,40%	492.941	15,60%	91.112	603.985	506.256	97.729
	übrige Kosten (AfA abzgl. Aufl.)				270.330	6.758	26,60%	1.798	73,40%	4.960	263.572	72,70%	191.617	27,30%	71.955	270.330	193.415	76.915
	Summe Verbandsumlagen	**854.801**	**855.000**	**897.240**	**897.240**	**40.466**		**24.315**		**16.151**	**856.774**		**691.209**		**165.565**	**897.240**	**715.524**	**181.716**
6620000	Abschreibungen Sachanlagen *)	0	430.600	430.600														
	Abschreibungen Kanal lt. Anl. 4				439.163	439.163	38,75%	170.176	61,25%	268.987	0					439.163	170.176	268.987
	Abschreibungen	**0**	**430.600**	**430.600**	**439.163**	**439.163**		**170.176**		**268.987**	**0**		**0**		**0**	**439.163**	**170.176**	**268.987**
9400002	Kosten aus ILV kalkulatorische Zinsen *)	127.500	143.000	143.000														
	Verzinsung Kanal lt. Anl. 4				197.903	197.903	38,75%	76.687	61,25%	121.216	0					197.903	76.687	121.216
	Kalkulatorische Verzinsung	**127.500**	**143.000**	**143.000**	**197.903**	**197.903**		**76.687**		**121.216**	**0**		**0**		**0**	**197.903**	**76.687**	**121.216**
	Summe kalkulatorische Kosten	**127.500**	**573.600**	**573.600**	**637.066**	**637.066**		**246.863**		**390.203**	**0**		**0**		**0**	**637.066**	**246.863**	**390.203**
	Summe Kosten	**1.626.804**	**2.424.700**	**2.599.840**	**2.330.306**	**1.473.532**		**700.222**		**773.310**	**856.774**		**691.209**		**165.565**	**2.330.306**	**1.391.431**	**938.875**
Kontrollsumme ordentliche Aufwendungen		1.404.164	2.196.700	2.360.840														
Kontrollsumme Kosten aus internen Leistungsbeziehungen		222.640	228.000	239.000														
Differenz		0	0	0														

*) wird in der Kalkulation errechnet
**) nicht angesetzt, da über separate Gebühren finanziert

Erlöse Abwasserbeseitigung 2026

Anlage 1

Teilergebnishaushalt Abwasserbeseitigung

Konten	Bezeichnung	TER 2024	HH-Plan 2025	HH-Plan 2026 Entwurf	Erlöse 2026 gesamt	Erlöse 2026 Kanal-netz	davon SW Anteil	davon SW €	davon NW Anteil	davon NW €	Erlöse 2026 Klär-anlage	davon SW Anteil	davon SW €	davon NW Anteil	davon NW €	Summe gesamt	Summe SW	Summe NW
5101000	öffentlich-rechtliche Verwaltungsgebühren	120	0	0	0													
5110000	öffentlich-rechtliche Benutzungsgebühren *)	1.813.976	2.010.000	2.020.000	0													
	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	**1.814.096**	**2.010.000**	**2.020.000**	**0**													
5460100	Auflösung Sonderposten Investitionen **)	0	61.000	61.000														
5462000	Auflösung Sonderposten Investitionsbeiträge *)	0	78.000	78.000														
	Auflösungen Beiträge lt. Anl. 5				71.111	71.111	38,75%	27.556	61,25%	43.555	0					71.111	27.556	43.555
	Auflösungen Sonderposten	**0**	**139.000**	**139.000**	**71.111**	**71.111**		**27.556**		**43.555**	**0**		**0**		**0**	**71.111**	**27.556**	**43.555**
5488000	Kostenerstattungen von übrigen Bereichen	2.237	39.000	39.000	3.000	3.000	53,90%	1.617	46,10%	1.383	0					3.000	1.617	1.383
	sonstige ordentliche Erträge	**2.237**	**39.000**	**39.000**	**3.000**	**3.000**		**1.617**		**1.383**	**0**		**0**		**0**	**3.000**	**1.617**	**1.383**
	Summe Erlöse	**1.816.333**	**2.188.000**	**2.198.000**	**74.111**	**74.111**		**29.173**		**44.938**	**0**		**0**		**0**	**74.111**	**29.173**	**44.938**
Kontrollsumme ordentliche Erträge		1.816.333	2.188.000	2.198.000														
Differenz		0	0	0														

*) wird in der Kalkulation errechnet
**) wird nach KAG nicht berücksichtigt

Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-189.529	236.700	401.840
Kontrollsumme	-189.529	236.700	401.840
Differenz	0	0	0

Kosten Abwasserbeseitigung 2027

Anlage 1

Teilergebnishaushalt Abwasserbeseitigung

Konten	Bezeichnung	Kosten 2026 gesamt	Kosten 2027 gesamt	Kosten 2027 Kanal-netz	davon SW Anteil	SW €	davon NW Anteil	NW €	Kosten 2027 Klär-anlage	davon SW Anteil	SW €	davon NW Anteil	NW €	Summe gesamt	Summe SW	Summe NW
6057000	Abwasser (Fäkalschlamm, Grubenleerung) **)	0	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
6061000	Materialaufwand für Gebäude	111.000	150.000	150.000	53,90%	80.850	46,10%	69.150	0					150.000	80.850	69.150
6064000	Material- und Reparaturaufwand Schmutzwasseranlage	114.000	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
6100100	Fremdleistungen für Erzeugnisse	400.000	408.000	408.000	53,90%	219.912	46,10%	188.088	0					408.000	219.912	188.088
6139000	sonstige weitere Fremdleistungen	75.000	76.500	76.500	53,90%	41.233	46,10%	35.267	0					76.500	41.233	35.267
9400004	Kosten aus ILV Verrechnung Gebührenhaush.	96.000	97.920	97.920	53,90%	52.779	46,10%	45.141	0					97.920	52.779	45.141
	Summe Betriebskosten	**796.000**	**732.420**	**732.420**		**394.774**		**337.646**	**0**		**0**		**0**	**732.420**	**394.774**	**337.646**
	Umlage Abwasserverband															
	Betriebskosten Gruppensammler	5.970	5.970	5.970	66,80%	3.988	33,20%	1.982	0					5.970	3.988	1.982
	Betriebskosten RÜB's	7.806	7.806	7.806	66,80%	5.214	33,20%	2.592	0					7.806	5.214	2.592
	Zinsen Kläranlage	9.149	9.149	0					9.149	72,70%	6.651	27,30%	2.498	9.149	6.651	2.498
	übrige Kosten (Betriebskosten)	603.985	603.985	19.932	66,80%	13.315	33,20%	6.617	584.053	84,40%	492.941	15,60%	91.112	603.985	506.256	97.729
	übrige Kosten (AfA abzgl. Aufl.)	270.330	270.330	6.758	26,60%	1.798	73,40%	4.960	263.572	72,70%	191.617	27,30%	71.955	270.330	193.415	76.915
	Summe Verbandsumlagen	**897.240**	**897.240**	**40.466**		**24.315**		**16.151**	**856.774**		**691.209**		**165.565**	**897.240**	**715.524**	**181.716**
	Abschreibungen Kanal lt. Anl. 4	439.163	459.782	459.782	38,75%	178.166	61,25%	281.616	0					459.782	178.166	281.616
	Abschreibungen *)	**439.163**	**459.782**	**459.782**		**178.166**		**281.616**	**0**		**0**		**0**	**459.782**	**178.166**	**281.616**
	Verzinsung Kanal lt. Anl. 4	197.903	214.495	214.495	38,75%	83.117	61,25%	131.378	0					214.495	83.117	131.378
	Kalkulatorische Verzinsung *)	**197.903**	**214.495**	**214.495**		**83.117**		**131.378**	**0**		**0**		**0**	**214.495**	**83.117**	**131.378**
	Summe kalkulatorische Kosten	**637.066**	**674.277**	**674.277**		**261.283**		**412.994**	**0**		**0**		**0**	**674.277**	**261.283**	**412.994**
	Summe Kosten	**2.330.306**	**2.303.937**	**1.447.163**		**680.372**		**766.791**	**856.774**		**691.209**		**165.565**	**2.303.937**	**1.371.581**	**932.356**

Kontrollsumme Kosten 2.330.306
Differenz 0

*) wird in der Kalkulation errechnet
**) nicht angesetzt, da über separate Gebühren finanziert

Erlöse Abwasserbeseitigung 2027

Anlage 1

Teilergebnishaushalt Abwasserbeseitigung

Konten	Bezeichnung	Erlöse 2026 gesamt	Erlöse 2027 gesamt		Erlöse 2027 Kanal-netz	davon SW Anteil	davon SW €	davon NW Anteil	davon NW €	Erlöse 2027 Klär-anlage	davon SW Anteil	davon SW €	davon NW Anteil	davon NW €	Summe gesamt	Summe SW	Summe NW
5101000	öffentlich-rechtliche Verwaltungsgebühren	0	0														
5110000	öffentlich-rechtliche Benutzungsgebühren *)	0	0														
	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	**0**	**0**														
	Auflösungen Beiträge lt. Anl. 5	71.111	71.111		71.111	38,75%	27.556	61,25%	43.555	0					71.111	27.556	43.555
	Auflösungen Sonderposten *)	**71.111**	**71.111**		**71.111**		**27.556**		**43.555**	**0**		**0**		**0**	**71.111**	**27.556**	**43.555**
5488000	Kostenerstattungen von übrigen Bereichen	3.000	3.060		3.060	53,90%	1.649	46,10%	1.411	0					3.060	1.649	1.411
	sonstige ordentliche Erträge	**3.000**	**3.060**		**3.060**		**1.649**		**1.411**	**0**		**0**		**0**	**3.060**	**1.649**	**1.411**
	Summe Erlöse	**74.111**	**74.171**		**74.171**		**29.205**		**44.966**	**0**		**0**		**0**	**74.171**	**29.205**	**44.966**
Kontrollsumme Erlöse		74.111															
Differenz		0															

*) wird in der Kalkulation errechnet

Kosten Abwasserbeseitigung 2028

Anlage 1

Teilergebnishaushalt Abwasserbeseitigung

Konten	Bezeichnung	Kosten 2027 gesamt	Kosten 2028 gesamt	Kosten 2028 Kanal-netz	davon SW Anteil	SW €	NW Anteil	NW €	Kosten 2028 Klär-anlage	davon SW Anteil	SW €	NW Anteil	NW €	Summe gesamt	Summe SW	Summe NW
6057000	Abwasser (Fäkalschlamm, Grubenleerung) **)	0	0	0	53,90%	0	46,10%	0	0					0	0	0
6061000	Materialaufwand für Gebäude	150.000	150.000	150.000	53,90%	80.850	46,10%	69.150	0					150.000	80.850	69.150
6100100	Fremdleistungen für Erzeugnisse	408.000	416.160	416.160	53,90%	224.310	46,10%	191.850	0					416.160	224.310	191.850
6139000	sonstige weitere Fremdleistungen	76.500	78.030	78.030	53,90%	42.058	46,10%	35.972	0					78.030	42.058	35.972
9400004	Kosten aus ILV Verrechnung Gebührenhaush.	97.920	99.880	99.880	53,90%	53.835	46,10%	46.045	0					99.880	53.835	46.045
	Summe Betriebskosten	**732.420**	**744.070**	**744.070**		**401.053**		**343.017**	**0**		**0**		**0**	**744.070**	**401.053**	**343.017**
	Umlage Abwasserverband															
	Betriebskosten Gruppensammler	5.970	5.970	5.970	66,80%	3.988	33,20%	1.982	0					5.970	3.988	1.982
	Betriebskosten RÜB's	7.806	7.806	7.806	66,80%	5.214	33,20%	2.592	0					7.806	5.214	2.592
	Zinsen Kläranlage	9.149	9.149	0					9.149	72,70%	6.651	27,30%	2.498	9.149	6.651	2.498
	übrige Kosten (Betriebskosten)	603.985	603.985	19.932	66,80%	13.315	33,20%	6.617	584.053	84,40%	492.941	15,60%	91.112	603.985	506.256	97.729
	übrige Kosten (AfA abzgl. Aufl.)	270.330	270.330	6.758	26,60%	1.798	73,40%	4.960	263.572	72,70%	191.617	27,30%	71.955	270.330	193.415	76.915
	Summe Verbandsumlagen	**897.240**	**897.240**	**40.466**		**24.315**		**16.151**	**856.774**		**691.209**		**165.565**	**897.240**	**715.524**	**181.716**
	Abschreibungen Kanal lt. Anl. 4	459.782	487.838	487.838	38,75%	189.037	61,25%	298.801	0					487.838	189.037	298.801
	Abschreibungen *)	**459.782**	**487.838**	**487.838**		**189.037**		**298.801**	**0**		**0**		**0**	**487.838**	**189.037**	**298.801**
	Verzinsung Kanal lt. Anl. 4	214.495	221.321	221.321	38,75%	85.762	61,25%	135.559	0					221.321	85.762	135.559
	Kalkulatorische Verzinsung *)	**214.495**	**221.321**	**221.321**		**85.762**		**135.559**	**0**		**0**		**0**	**221.321**	**85.762**	**135.559**
	Summe kalkulatorische Kosten	**674.277**	**709.159**	**709.159**		**274.799**		**434.360**	**0**		**0**		**0**	**709.159**	**274.799**	**434.360**
	Summe Kosten	**2.303.937**	**2.350.469**	**1.493.695**		**700.167**		**793.528**	**856.774**		**691.209**		**165.565**	**2.350.469**	**1.391.376**	**959.093**

Kontrollsumme Kosten 2.303.937
Differenz 0

*) wird in der Kalkulation errechnet
**) nicht angesetzt, da über separate Gebühren finanziert

Erlöse Abwasserbeseitigung 2028

Anlage 1

Teilergebnishaushalt Abwasserbeseitigung

Konten	Bezeichnung	Erlöse 2027 gesamt	Erlöse 2028 gesamt	Erlöse 2028 Kanal-netz	davon SW Anteil	davon SW €	davon NW Anteil	davon NW €	Erlöse 2028 Klär-anlage	davon SW Anteil	davon SW €	davon NW Anteil	davon NW €	Summe gesamt	Summe SW	Summe NW
5101000	öffentlich-rechtliche Verwaltungsgebühren	0	0													
5110000	öffentlich-rechtliche Benutzungsgebühren *)	0	0													
	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	**0**	**0**													
	Auflösungen Beiträge lt. Anl. 5	71.111	71.111	71.111	38,75%	27.556	61,25%	43.555	0					71.111	27.556	43.555
	Auflösungen Sonderposten *)	**71.111**	**71.111**	**71.111**		**27.556**		**43.555**	**0**		**0**		**0**	**71.111**	**27.556**	**43.555**
5488000	Kostenerstattungen von übrigen Bereichen	3.060	3.120	3.120	53,90%	1.682	46,10%	1.438	0					3.120	1.682	1.438
	sonstige ordentliche Erträge	**3.060**	**3.120**	**3.120**		**1.682**		**1.438**	**0**		**0**		**0**	**3.120**	**1.682**	**1.438**
	Summe Erlöse	**74.171**	**74.231**	**74.231**		**29.238**		**44.993**	**0**		**0**		**0**	**74.231**	**29.238**	**44.993**
Kontrollsumme Erlöse		74.171														
Differenz		0														

*) wird in der Kalkulation errechnet

Bemessungseinheiten

Anlage 2

Schmutzwassermenge

bisherige Schmutzwassermenge	2022	2023	2024	2025	Mittelwert
bisherige Schmutzwassermenge	385.639 m³	376.205 m³	383.594 m³	387.866 m³	**383.326 m³**
Schmutzwassermenge	**385.639 m³**	**376.205 m³**	**383.594 m³**	**387.866 m³**	**383.326 m³**

prognostizierte Schmutzwassermenge	2026	2027	2028
erwartete Schmutzwassermenge	383.330 m³	383.330 m³	383.330 m³
Schmutzwassermenge	**383.330 m³**	**383.330 m³**	**383.330 m³**

bebaute und befestigte Fläche

bisherige bebaute und befestigte Fläche	2022	2023	2024
bisherige Grundstücksfläche	758.703 m²	756.938 m²	751.745 m²
bisherige Straßenfläche	324.405 m²	324.405 m²	324.405 m²
bebaute und befestigte Fläche	**1.083.108 m²**	**1.081.343 m²**	**1.076.150 m²**

prognostizierte bebaute und befestigte Fläche	2026	2027	2028
erwartete Grundstücksfläche	751.745 m²	751.745 m²	751.745 m²
bebaute und befestigte Grundstücksfläche	**751.745 m²**	**751.745 m²**	**751.745 m²**
erwartete Straßenfläche	324.405 m²	324.405 m²	324.405 m²
bebaute und befestigte Straßenfläche	**324.405 m²**	**324.405 m²**	**324.405 m²**
bebaute und befestigte Fläche	**1.076.150 m²**	**1.076.150 m²**	**1.076.150 m²**

Anlagevermögen zum 31.12.2023

Anlage 3

Investitionen

Bezeichnung	AHK 31.12.2023 €	AfA 2023 €	RBW 31.12.2023 €	AfA 2024 €	RBW 31.12.2024 €	AfA 2025 €	RBW 31.12.2025 €	AfA 2026 €	RBW 31.12.2026 €	AfA 2027 €	RBW 31.12.2027 €	AfA 2028 €	RBW 31.12.2028 €
· technische Ausstattung	4.192	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
· Hausanschlüsse RW	1.089.755	32.346	413.599	32.346	381.253	32.346	348.907	32.346	316.561	32.346	284.215	32.346	251.869
· Hausanschlüsse SW	149.188	4.524	123.350	4.524	118.826	4.524	114.302	4.524	109.778	4.524	105.254	4.524	100.730
· Aussenanlagen	58.132	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
· technische Ausstattung	25.202	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
· technische Teile Stromanschluss usw.	80.314	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
· Pumpwerke (20 Jahre)	245.249	10.424	88.996	10.424	78.572	10.424	68.148	10.424	57.724	10.424	47.300	10.424	36.876
· Pumpwerke (25 Jahre)	37.987	1.489	18.984	1.489	17.495	1.489	16.006	1.489	14.517	1.489	13.028	1.489	11.539
· Pumpen/Tauchpumpe	3.034	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
· Kanal (67 Jahre)	4.519.040	64.407	1.039.854	64.407	975.447	64.407	911.040	64.407	846.633	64.407	782.226	64.407	717.819
· Kanal (40 Jahre)	5.817	146	3.468	146	3.322	146	3.176	146	3.030	146	2.884	146	2.738
· Kanal (50 Jahre) RW	13.230.904	264.790	7.450.332	264.790	7.185.542	264.790	6.920.752	264.790	6.655.962	264.790	6.391.172	264.790	6.126.382
· Kanal (50 Jahre) SW	229.426	4.589	192.535	4.589	187.946	4.589	183.357	4.589	178.768	4.589	174.179	4.589	169.590
· Regenablauf/Durchlaufbecken	2.479.043	51.759	703.527	51.759	651.768	51.759	600.009	51.759	548.250	51.759	496.491	51.759	444.732
· Abwasserhebeanlagen	23.142	463	14.769	463	14.306	463	13.843	463	13.380	463	12.917	463	12.454
Kanalnetz einschließlich Sonderbauwerke	**22.180.425**	**434.937**	**10.049.414**	**434.937**	**9.614.477**	**434.937**	**9.179.540**	**434.937**	**8.744.603**	**434.937**	**8.309.666**	**434.937**	**7.874.729**

Anlagevermögen zum 31.12.2023

Anlage 3

Sonderposten

Bezeichnung	Urspr.wert 31.12.2023 €	Aufl. 2023 €	Aufl.rest 31.12.2023 €	Aufl. 2024 €	Aufl.rest 31.12.2024 €	Aufl. 2025 €	Aufl.rest 31.12.2025 €	Aufl. 2026 €	Aufl.rest 31.12.2026 €	Aufl. 2027 €	Aufl.rest 31.12.2027 €	Aufl. 2028 €	Aufl.rest 31.12.2028 €
· Zuschüsse Kanal (67 Jahre)	372.221	5.555	90.769	5.555	85.214	5.555	79.659	5.555	74.104	5.555	68.549	5.555	62.994
· Zuschüsse Kanal (50 Jahre)	1.873.184	37.602	1.018.037	37.602	980.435	37.602	942.833	37.602	905.231	37.602	867.629	37.602	830.027
· Zuschüsse Kanal (40 Jahre)	1.384.282	34.607	507.204	34.607	472.597	34.607	437.990	34.607	403.383	34.607	368.776	34.607	334.169
Sonderposten Zuschüsse	**3.629.686**	**77.764**	**1.616.010**	**77.764**	**1.538.246**	**77.764**	**1.460.482**	**77.764**	**1.382.718**	**77.764**	**1.304.954**	**77.764**	**1.227.190**
· Erstattung Hausanschlüsse RW	2.143.532	43.302	432.569	43.302	389.267	43.302	345.965	43.302	302.663	43.302	259.361	43.302	216.059
· Erstattung Hausanschlüsse SW	134.520	4.484	118.499	4.484	114.015	4.484	109.531	4.484	105.047	4.484	100.563	4.484	96.079
· Beiträge RW	679.664	13.600	545.994	13.600	532.394	13.600	518.794	13.600	505.194	13.600	491.594	13.600	477.994
· Beiträge SW	486.096	9.725	443.677	9.725	433.952	9.725	424.227	9.725	414.502	9.725	404.777	9.725	395.052
Sonderposten Beiträge, Hausanschlüsse	**3.443.812**	**71.111**	**1.540.739**	**71.111**	**1.469.628**	**71.111**	**1.398.517**	**71.111**	**1.327.406**	**71.111**	**1.256.295**	**71.111**	**1.185.184**
Summe Sonderposten	**7.073.498**	**148.875**	**3.156.749**	**148.875**	**3.007.874**	**148.875**	**2.858.999**	**148.875**	**2.710.124**	**148.875**	**2.561.249**	**148.875**	**2.412.374**
Summe Investitionen abzgl. Sonderposten	15.106.927	286.062	6.892.665										
Kontrollsumme	15.106.927	286.062	6.892.665										
Differenz	0	0	0										

Kanalnetz einschließlich Sonderbauwerke Anlage 4

Anschaffungs- und Herstellungskosten	ND	Monat	2024	2025	2026	2027	2028
Zugänge AHK							
Steuerung Götzenweg	20	10	0	0	0	297.500	0
EKVO	30	10	0	0	178.500	178.500	178.500
Grundhafte Sanierung	40	10	0	0	238.000	238.000	238.000
Austausch Schaltanlagen und Schachtbauwerke	30	10	0	0	150.000	150.000	150.000
Summe Zugänge AHK			**0**	**0**	**566.500**	**864.000**	**566.500**

Kalkulatorische Kosten	2024	2025	2026	2027	2028
Abschreibung					
Zugang AHK	0	0	566.500	864.000	566.500
Erhöhung AfA	0	0	4.226	20.619	28.056
AfA Zugang	**0**	**0**	**4.226**	**24.845**	**52.901**
AfA Bestand lt. Anl. 3			**434.937**	**434.937**	**434.937**
AfA gesamt			**439.163**	**459.782**	**487.838**

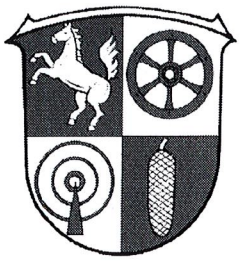
Zuschüsse	ND	Monat	2024	2025	2026	2027	2028
Zugänge Zuschüsse							
keine Zuschüsse erwartet			0	0	0	0	0
Summe Zugänge Zuschüsse			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Auflösung							
Zugang Zuschüsse			0	0	0	0	0
Erhöhung Auflösung			0	0	0	0	0
Aufl. Zugang			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Aufl. Bestand lt. Anl. 3					**77.764**	**77.764**	**77.764**
Auflösung gesamt					**77.764**	**77.764**	**77.764**

Kalkulatorische Kosten	2024	2025	2026	2027	2028
Verzinsung					
Zugang AHK	0	0	566.500	864.000	566.500
AfA Zugang	0	0	-4.226	-24.845	-52.901
Restbuchwert Zugang	0	0	562.274	1.401.429	1.915.028
Restbuchwert Bestand lt. Anl. 3			8.744.603	8.309.666	7.874.729
Restbuchwert gesamt			9.306.877	9.711.095	9.789.757
Zugang Zuschüsse	0	0	0	0	0
Auflösung Zugang	0	0	0	0	0
Auflösungsrest Zuschüsse Zugang	0	0	0	0	0
Auflösungsrest Zuschüsse Bestand lt. Anl. 3			1.382.718	1.304.954	1.227.190
Auflösungsrest Zuschüsse gesamt			1.382.718	1.304.954	1.227.190
Zinsbasis (Jahresendwert)			7.924.159	8.406.141	8.562.567
Zinsen	**3,0 %**		**237.725**	**252.184**	**256.877**
abzgl. Zinsentlastung durch Beiträge lt. Anl. 5			-39.822	-37.689	-35.556
Zinsen			**197.903**	**214.495**	**221.321**

Beiträge und Hausanschlüsse Anlage 5

Beiträge und Hausanschlüsse	ND	Monat	2024	2025	2026	2027	2028
Zugänge AHK							
keine Beiträge erwartet			0	0	0	0	0
Summe Zugang Beiträge und Hausanschlüsse			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kalkulatorische Erlöse	2024	2025	2026	2027	2028
Auflösung					
Zugang Beiträge und Hausanschlüsse	0	0	0	0	0
Erhöhung Auflösung	0	0	0	0	0
Aufl. Zugang	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Aufl. Bestand lt. Anl. 3			**71.111**	**71.111**	**71.111**
Aufl. gesamt			**71.111**	**71.111**	**71.111**
Zinsentlastung durch Beiträge und Hausanschlüsse					
Zugang Beiträge und Hausanschlüsse	0	0	0	0	0
Auflösung Zugang	0	0	0	0	0
Auflösungsrest Beiträge und Hausanschlüsse Zugang	0	0	0	0	0
Auflösungsrest Beiträge und Hausanschlüsse lt. Anl. 3			1.327.406	1.256.295	1.185.184
Auflösungsrest Beiträge und Hausanschlüsse gesamt			1.327.406	1.256.295	1.185.184
Zinsbasis (Jahresendwert)			1.327.406	1.256.295	1.185.184
Zinsentlastung durch Beiträge u. Hausanschlüsse	**3,0 %**		**39.822**	**37.689**	**35.556**



Entwässerungssatzung

01.01.2022
beschlossen am 02.11.2021

w0124a

Entwässerungssatzung der Gemeinde Mainhausen
ab 01.01.2022

Aufgrund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 07.05.2020 (GVBl. S. 318), der §§ 37 bis 40 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung vom 14.12.2010 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert mit Artikel 11 des Gesetzes vom 04.09.2020 (GVBl. S. 573), der §§ 1 bis 5 a), 6 a), 9 bis 12 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl. I S. 134), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.05.2018 (GVBl. S. 274) der §§ 1 und 9 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz - AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Art. 2 der Verordnung vom 22. 08.2018 (BGBl. I S. 1327 und der §§ 1 und 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (HAbwAG) in der Fassung vom 29.09.2005 (GVBl. I S. 664), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.09.2015 (GVBl. I S. 362), hat die Gemeindevertretung der Gemeinde in der Sitzung am 02.11.2021 folgende Änderung der **Entwässerungssatzung** vom 20.03.2018 beschlossen.

I		**Allgemeines**	
	§ 1	Öffentliche Einrichtung	
		Die Gemeinde betreibt in Erfüllung ihrer Pflicht zur Abwasserbeseitigung e i n e öffentliche Einrichtung. Sie bestimmt Art und Umfang der Einrichtung sowie den Zeitpunkt ihrer Schaffung, Erneuerung und Erweiterung.	
	§ 2	Begriffsbestimmungen	
		Die in dieser Satzung verwendeten Begriffe haben folgende Bedeutung:	
		Grundstück	Das Grundstück im Sinne des Grundbuchrechts.
		Abwasser	Das durch Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser (Schmutzwasser), das von Niederschlägen aus dem Bereich bebauter oder künstlich befestigter Flächen abfließende und gesammelte Wasser (Niederschlagswasser) sowie das sonstige zusammen mit Schmutzwasser oder Niederschlagswassser in Abwasseranlagen abfließende Wasser. Als Abwasser gilt auch das aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretende und gesammelte Wasser sowie der in Kleinkläranlagen anfallende Schlamm, soweit er aus häuslichem Abwasser stammt.
		Brauchwasser	Das aus anderen Anlagen (z. B. Brunnen, Zisternen oder ähnlichen Vorrichtungen zum Sammeln von Niederschlagswasser) und Gewässern entnommene Wasser, welches unmittelbar (z. B. über die Grundstücksentwässerungseinrichtungen) oder mittelbar in die Abwasseranlage eingeleitet wird bzw. dieser zufließt.
		Abwasseranlagen	Sammelleitungen und Behandlungsanlagen. Zu den Abwasseranlagen gehören auch Einrichtungen Dritter, deren sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient oder zu deren Schaffung, Erweiterung, Erneuerung oder Unterhaltung sie beiträgt.
		Sammelleitungen	Leitungen zur Sammlung des über die Anschlussleitungen von den angeschlossenen Grundstücken kommenden Abwassers bis zur Behandlungsanlage oder bis zur Einleitung in ein Gewässer oder eine fremde Abwasseranlage einschließlich der im Zuge dieser Leitungen errichteten abwassertechnischen Bauwerke (Netz).
		Behandlungsanlagen	Einrichtungen zur Reinigung und Behandlung des Abwassers; zu

			diesen Einrichtungen gehören auch die letzte(n) Verbindungsleitung(en) vom Netz sowie die Ablaufleitung(en) zum Gewässer.
		Anschlussleitungen	Leitungen von der Sammelleitung bis zur Grenze der zu entsorgenden Grundstücke.
		Grundstücks-entwässerungsanlagen	Alle Einrichtungen auf den Grundstücken, die der Sammlung, Vorreinigung und Ableitung des Abwassers dienen.
		Zuleitungskanäle	Die im Erdreich oder in der Grundplatte unzugänglich verlegten Leitungen der Grundstücksentwässerungsanlagen, die das Abwasser den Anschlussleitungen zuführen und die Anschlussleitungen.
		Grundstücksklär-einrichtungen	Kleinkläranlagen oder Sammelgruben (Behälter).
		Anschlussnehmer (-inhaber)	Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte.
		Abwassereinleiter	Anschlussnehmer (-inhaber) und alle zur Ableitung des auf dem Grundstück anfallenden Abwassers Berechtigte und Verpflichtete (insbesondere auch Pächter, Mieter, Untermieter usw.) sowie alle, die der Abwasseranlage tatsächlich Abwasser zuführen.
II		**Anschluss und Benutzung**	
	§ 3	Grundstücksanschluss	
		1.	Jedes Grundstück - das grundsätzlich nur einen Anschluss erhält - ist gesondert und unmittelbar an die Anschlussleitung anzuschließen; Gleiches gilt, wenn die Gemeinde für jedes dem Aufenthalt von Menschen dienende Gebäude auf einem Grundstück eine gesonderte Anschlussleitung verlegt hat.
		2.	Die Gemeinde kann in Ausnahmefällen zulassen oder verlangen, dass mehrere Grundstücke über eine gemeinsame Anschlussleitung an die Abwasseranlage angeschlossen werden, wenn die nicht im öffentlichen Bereich liegenden Teile der gemeinsamen Anschlussleitung durch Grunddienstbarkeit oder Baulasteintragung gesichert sind.
		3.	Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gelten die vorstehenden Regelungen für jedes neue Grundstück entsprechend.
		4.	Die Anschlussleitung wird ausschließlich von der Gemeinde hergestellt, erneuert, verändert, unterhalten oder beseitigt.
	§ 4	Anschluss- und Benutzungszwang	
		1.	Jeder Eigentümer eines Grundstücks, auf dem Abwasser anfällt, hat die Pflicht, dieses Grundstück an die Abwasseranlage anzuschließen, wenn es durch eine betriebsfertige Sammelleitung erschlossen und eine Anschlussleitung an das Grundstück herangeführt ist. Hat die Gemeinde mehrere Anschlussleitungen zu einem Grundstück verlegt, ist das Grundstück entsprechend den Vorgaben der Gemeinde anzuschließen. Die Anordnung des Anschlusses kann durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

		2.	Jeder Abwassereinleiter muss Abwasser, das der Beseitigungspflicht nach § 37 Abs. 1 HWG und der Überlassungspflicht nach § 37 Abs. 3 HWG unterliegt, der Abwasseranlage zuführen.
		3.	Vom Anschluss- und Benutzungszwang kann abgesehen werden, wenn einer der Ausnahmefälle nach § 37 Abs. 1 Satz 2 oder nach § 37 Abs. 4 Satz 1 HWG vorliegt.
		4.	Sowohl der Anschluss eines Grundstücks als auch die Zuführung von Abwasser dürfen nur nach Genehmigung durch die Gemeinde erfolgen. Diese kann im Einzelfall aus technischen oder wasserwirtschaftlichen Gründen eingeschränkt oder modifiziert werden. Die Erteilung der Genehmigung für die Zuführung von Abwasser setzt voraus, dass der Grundstückseigentümer einen Nachweis darüber vorlegt, dass die Zuleitungskanäle auf seinem Grundstück den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen. § 5 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 gelten entsprechend.
	§ 5	Grundstücksentwässerungsanlagen	
		1.	Grundstücksentwässerungsanlagen müssen nach den jeweils geltenden bau- und wasserrechtlichen Vorschriften sowie den Bestimmungen des Deutschen Normenausschusses geplant, hergestellt, unterhalten und betrieben werden. Bau- und Installationsarbeiten dürfen allein durch fachkundige Unternehmer ausgeführt werden.
		2.	Die Zuleitungskanäle im Bereich der Grundstücksentwässerungsanlagen unterliegen ebenso wie die Anschlussleitungen und die öffentlichen Sammelleitungen der Überwachung durch die Gemeinde gemäß § 37 Abs. 2 Satz 1 HWG. Diese Überwachungsaufgabe erfüllt die Gemeinde dadurch, dass sie die Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke auffordert, zeitlich parallel zur Überwachung der Sammelleitungen und Anschlussleitungen eine Kamerabefahrung der Zuleitungskanäle im Bereich der Grundstücksentwässerrungsanlagen durchführen zu lassen, erforderlichenfalls die Zuleitungskanäle auf ihrem Grundstück in einen ordnungsgemäßen, den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechenden Zustand zu versetzen und dieses der Gemeinde innerhalb einer von dieser zu setzenden Frist nachzuweisen. Aus dem Nachweis muss die Art, die Dimension, die Lage und der Zustand der Zuleitungskanäle hervorgehen.
		3.	Betriebe oder Stellen, die mit der Zustandserfassung von Abwasserkanälen und -leitungen beauftragt werden, müssen vor Auftragsvergabe und während der Werkleistung die erforderliche Fachkunde Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachweisen. Der Nachweis gilt als erbracht, wenn der Betrieb oder die Stelle die Anforderungen der vom Deutschen Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V. (RAL) herausgegebenen Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 oder gleichwertige Anforderungen erfüllt. Die Anforderungen sind erfüllt, wenn der Betrieb oder die Stelle im Besitz des RAL-Gütezeichens für den jeweiligen Ausführungsbereich oder die jeweilige Beurteilungsgruppe ist. Die Anforderungen sind ebenfalls erfüllt, wenn der Betrieb oder die Stelle die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit unter Beachtung der Anforderungen der Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 nachweist.
		4.	Gegen den Rückstau des Abwassers aus der Abwasseranlage hat sich jeder Grundstückseigentümer selbst zu schützen.
	§ 6	Grundstückskläreinrichtungen	
		1.	Grundstückskläreinrichtungen müssen vom Grundstückseigentümer auf eigene Kosten angelegt und betrieben werden, wenn in die Abwasseranlage nur vorgeklärtes Abwasser eingeleitet werden darf oder wenn ein Grundstück, auf dem Abwasser anfällt, nicht an die Abwasseranlage angeschlossen ist.

		2.	Das Einleiten von Niederschlagswasser in Grundstückskläreinrichtungen ist unzulässig.
		3.	Die Entnahme des Schlamms aus Kleinkläranlagen, soweit er aus häuslichem Abwasser stammt, sowie des Abwassers aus Sammelgruben besorgt die Gemeinde.
		4.	Grundstückskläreinrichtungen sind stillzulegen, sobald die Abwasseranlage die Behandlung des Abwassers sicherstellt.
	§ 7	Allgemeine Einleitungsbedingungen	
		1.	In die Abwasseranlage darf kein Abwasser eingeleitet werden, welches - den Bauzustand und die Funktionsfähigkeit der Abwasseranlage stört, - das Personal bei der Wartung und Unterhaltung der Anlagen gefährdet, - die Abwasserbehandlung und die Klärschlammverwertung beeinträchtigt, - den Gewässerzustand nachhaltig beeinflusst, - sich sonst umweltschädigend auswirkt. Es darf nur frisches oder in zulässiger Weise vorbehandeltes Abwasser eingeleitet werden.
		2.	Abfälle und Stoffe, welche die Kanalisation verstopfen, giftige, übelriechende oder explosive Dämpfe und Gase bilden sowie Bau- und Werkstoffe in stärkerem Maße angreifen, dürfen nicht in die Abwasseranlage eingebracht werden. Hierzu gehören insbesondere: - Schutt; Asche; Glas; Sand; Müll; Treber; Hefe; Borsten; Lederreste; Fasern; Kunststoffe; Textilien und Ähnliches; - Kunstharz; Lacke; Latices; Bitumen und Teer sowie deren Emulsionen; flüssige Abfälle, die erhärten; Zement; Mörtel; Kalkhydrat; - Sturz- oder Stichblut; Jauche; Gülle; Mist; Silagesickersaft; Schlempe; Trub; Trester; Krautwasser; - Benzin; Heizöl; Schmieröl; tierische und pflanzliche Öle und Fette; - Säuren und Laugen; chlorierte Kohlenwasserstoffe; Phosgen; Schwefelwasserstoff; Blausäure und Stickstoffwasserstoffsäure sowie deren Salze; Karbide, welche Acetylen bilden; ausgesprochen toxische Stoffe; der Inhalt von Chemietoiletten. Das Einleiten von Kondensaten ist ausnahmsweise genehmigungsfähig, wenn der Anschlussnehmer nachweist, dass das einzuleitende Kondensat den ph-Grenzwertbereich von 6,5 bis 10 einhält. Bei Feuerungsanlagen mit Leistungen > 200 kW muss stets eine Neutralisation erfolgen.
		3.	Der Anschluss von Abfallzerkleinerungsanlagen, Nassentsorgungsanlagen, Dampfleitungen und Dampfkesseln und das Einleiten von Kühlwasser sind nicht gestattet.
		4.	Auf Grundstücken, in deren Abwasser unzulässige Stoffe (z. B. Benzin, Öle, Fette, Stärke) enthalten sind, müssen vom Anschlussnehmer Anlagen zum Zurückhalten dieser Stoffe eingebaut und ordnungsgemäß betrieben werden. Das Einleiten dieses Abwassers ist nur dann zulässig, wenn die erforderlichen Anlagen eingebaut sind und ihr ordnungsgemäßer Betrieb sichergestellt ist.
		5.	Die Bestimmungen dieser Satzung gelten entsprechend, wenn Abwassereinleitungen nicht von angeschlossenen Grundstücken auf Dauer, sondern kurzzeitig aus mobilen Abwasseranfallstellen erfolgen.
		6.	Das Einleiten von Grundwasser ist grundsätzlich unzulässig. Soweit Hausdränagen vor In-

Kraft-Treten dieser Satzung zulässigerweise an die Abwasseranlage angeschlossen worden sind, genießen diese Anschlüsse Bestandsschutz bis zu dem Zeitpunkt, in dem eine anderweitige Entsorgung des Grundwassers billigerweise verlangt werden kann.

§ 8 Besondere Einleitungsbedingungen für nicht häusliches Abwasser

1. Für das Einleiten von Abwasser aus Industrie- und Gewerbebetrieben oder vergleichbaren Einrichtungen (z. B. Krankenhäusern) gelten - soweit nicht durch wasserrechtliche Vorschriften die Einleitungsbefugnis weitergehend eingeschränkt ist - folgende Einleitungsgrenzwerte in der nicht abgesetzten qualifizierten Stichprobe:

		Grenzwert
1.	**Physikalische Parameter**	
1.1	Temperatur	35 °C
1.2	pH-Wert	6,5 - 10
2.	**Organische Stoffe und Lösungsmittel**	
2.1	Organische Lösungsmittel (BTEX), bestimmt als Summe von Benzol und dessen Derivaten (Benzol, Ethylbenzol, Toluol, isomere Xylole) mittels Gaschromatografie	10 mg/l
2.2	Halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW), berechnet als organisch gebundenes Chlor (die Einzelergebnisse werden in Chlorid umgerechnet und dann addiert)[1] mittels Gaschromatografie	1 mg/l
2.3	Adsorbierbare organische Halogenverbindungen, angegeben als Chlorid (AOX)	1 mg/l
2.4	Phenolindex	20 mg/l
2.5	Kohlenwasserstoffe H 53 (Mineralöl und Mineralölprodukte)	20 mg/l
2.6	Extrahierbare schwerflüchtige lipophile Stoffe H 17 (z. B. organische Fette)	250 mg/l
3.	**Anorganische Stoffe (gelöst)**	
3.1	Ammonium, berechnet als Stickstoff	100 mg N/l
3.2	Nitrit, berechnet als Stickstoff	5 mg N/l
3.3	Cyanid, leicht freisetzbar	0,2 mg/l
3.4	Sulfat	400 mg/l
4.	**Anorganische Stoffe (gesamt)[2]**	
4.1	Arsen	0,1 mg/l
4.2	Blei	0,5 mg/l
4.3	Cadmium	0,1 mg/l
4.4	Chrom	0,5 mg/l
4.5	Chrom-VI	0,1 mg/l
4.6	Kupfer	0,5 mg/l
4.7	Nickel	0,5 mg/l
4.8	Quecksilber	0,05 mg/l
4.9	Silber	0,1 mg/l

[1] Einzelverbindungen: Trichlorethen, Tetrachlorethen, 1.1.1.-Trichlorethan, Dichlormethan

[2] Anstelle der aufgeführten AAS-DIN-Verfahren ist für die Element-Bestimmung auch der Einsatz des ICP-Verfahrens DIN EN ISO 11885 zulässig.

4.10	Zink	2 mg/l	
4.11	Zinn	2 mg/l	

Die Temperatur wird in Grad Celsius nach der DIN 38404-4 gemessen, der pH-Wert nach der DIN EN ISO 10523. Die DIN 38404-4 und die DIN EN ISO 10523 sind bei der Gemeinde Mainhausen archivmäßig gesichert niedergelegt.
Im Übrigen richten sich die zur Ermittlung der physikalischen und chemischen Beschaffenheit des Abwassers notwendigen Untersuchungen nach den einschlägigen Verfahren der Abwasserverordnung in der jeweils geltenden Fassung. Die zusätzlichen analytischen Festlegungen, Hinweise und Erläuterungen der Anlage „Analysen- und Messverfahren" der Abwasserverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBl. I S. 1108, 2625), die zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung sind zu beachten. Im Übrigen sind die notwendigen Untersuchungen nach den Deutschen Einheitsverfahren zur Wasser-, Abwasser- und Schlammuntersuchung in der jeweils geltenden Fassung oder den entsprechenden DIN-Normen des Fachnormenausschusses Wasserwesen im Deutschen Institut für Normung e. V., Berlin, auszuführen.

2. Werden von der obersten Wasserbehörde Anforderungsregelungen zur Behandlung und/oder Zurückhaltung bestimmter Abwasserinhaltsstoffe amtlich eingeführt, sind diese zu beachten. Die davon betroffenen Einleitungsgrenzwerte gelten als eingehalten, wenn der Anschlussnehmer zweifelsfrei nachweist, dass die gestellten Anforderungen vollständig erfüllt werden.

3. Im Bedarfsfall können

   b) für nicht im ersten Absatz genannte Stoffe Grenzwerte festgesetzt werden,

   c) höhere Grenzwerte unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zugelassen werden, wenn die schädlichen Stoffe und Eigenschaften des Abwassers innerhalb dieser Grenzen für die Abwasseranlage, die darin beschäftigten Personen und die Abwasserbehandlungsanlage vertretbar sind,

   d) geringere Grenzwerte oder Frachtbegrenzungen festgesetzt werden, um insbesondere eine

   - Gefährdung der Abwasseranlage oder des darin beschäftigten Personals,
   - Beeinträchtigung der Benutzbarkeit der Anlagen,
   - Erschwerung der Abwasserbehandlung oder Klärschlammverwertung

   zu vermeiden.

4. Das zielgerichtete Verdünnen des Abwassers zum Erreichen der Einleitungsgrenzwerte ist unzulässig.

5. Für das Einleiten von Abwasser, das radioaktive Stoffe enthalten kann, gelten die Grundsätze und Vorschriften der Strahlenschutzverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

6. Fallen auf einem Grundstück betriebsbedingt erhöhte Abwassermengen stoßweise an und führt dies zu vermeidbaren Belastungen bei der Abwasserbehandlung, kann die Gemeinde die Pufferung des Abwassers auf dem angeschlossenen Grundstück und sein gleichmäßiges Einleiten in die Abwasseranlage verlangen.

7. Die Gemeinde kann dem Anschlussnehmer das Führen eines Betriebstagebuchs aufgeben, in dem alle die Abwassersituation auf dem angeschlossenen Grundstück betreffenden Daten festzuhalten sind.

8. Abwasser, das nach den vorstehenden Bedingungen nicht eingeleitet werden darf, ist aufzufangen und in gesetzlich zugelassener Art und Weise zu entsorgen.

	§ 9	Überwachen der Einleitungen	
		1.	Die Gemeinde überwacht die Einleitungen nicht häuslichen Abwassers entsprechend den Bestimmungen der aufgrund des § 40 Abs. 2 Nr. 3 HWG erlassenen Rechtsverordnung in der jeweils geltenden Fassung. Das Überwachen erfolgt auf Kosten des jeweiligen Abwassereinleiters. Mit dem Überwachen kann die Gemeinde eine staatlich anerkannte Untersuchungsstelle betrauen.
		2.	Das Überwachen der Einleitungen nicht häuslichen Abwassers durch die Gemeinde erfolgt unabhängig von einer im Einzelfall von der Wasserbehörde verlangten Eigenüberwachung bestimmter Einleiter.
		3.	Das Überwachen orientiert sich an den in § 8 Abs. 1 festgelegten Einleitungsgrenzwerten, an den in Einleitungserlaubnissen gemäß § 58 WHG festgesetzten Werten und an den Vorgaben wasserrechtlicher Genehmigungen gemäß § 60 WHG. Im Regelfall wird die Überwachung mindestens einmal jährlich durchgeführt.
		4.	Das Messprogramm des Abs. 3 kann von der Gemeinde jederzeit erweitert werden, wenn sich aus dem Ergebnis des bisherigen Überwachens Veranlassung hierzu ergibt. Festgestellte Überschreitungen einzuhaltender Grenzwerte können eine Intensivierung der Überwachung zur Folge haben.
		5.	Der Abwassereinleiter kann von der Gemeinde zusätzliche Untersuchungen des Abwassers verlangen, nicht jedoch deren Zeitpunkt bestimmen. Hierbei hat er das Recht, diese auf einzelne Grenzwerte oder den chemischen Sauerstoffbedarf zu beschränken.
		6.	Die Aufwendungen der Gemeinde für das Überwachen sind vom Abwassereinleiter in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten. Dieser Anspruch entsteht mit der Vorlage des Überwachungsergebnisses und ist einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheids fällig. Die Durchführung zusätzlicher Untersuchungen sowie die Bestimmung des chemischen Sauerstoffbedarfs kann die Gemeinde von der Vorauszahlung der dafür zu leistenden Kosten abhängig machen.
		7.	Die Gemeinde kann in begründeten Fällen verlangen, dass der Abwassereinleiter an einer von der Gemeinde zu bestimmenden Stelle ein automatisches Gerät zur Probeentnahme auf seine Kosten einzurichten und dauernd - auch in Zeiten der Betriebsruhe - zu betreiben hat. Die Gemeinde kann die technischen Anforderungen festlegen, die das Gerät zur automatischen Probeentnahme zu erfüllen hat. Die Gemeinde kann die Einrichtung und den dauernden Betrieb von selbstaufzeichnenden Messgeräten (z. B. für die Messung von pH-Wert, Temperatur, CSB, Abwassermenge etc.) auf Kosten des Abwassereinleiters verlangen. Die Gemeinde kann ferner bestimmen, dass der Zugang zu dem automatischen Probenahmegerät oder den selbstaufzeichnenden Messgeräten Bediensteten oder Beauftragten der Gemeinde jederzeit - auch in Zeiten der Betriebsruhe - zu ermöglichen ist.
III		**Abgaben und Kostenerstattung**	
	§10	Abwasserbeitrag	
		1.	Die Gemeinde erhebt zur Deckung des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung und Erneuerung der Abwasseranlagen Beiträge, die nach der Veranlagungsfläche bemessen werden. Die Veranlagungsfläche ergibt sich durch Vervielfachen der Grundstücksfläche (§ 11) mit dem Nutzungsfaktor (§§ 12 bis 15).
		2.	Der Beitrag beträgt

			a) für das Verschaffen einer erstmaligen Anschlussmöglichkeit (Schaffensbeitrag) - an die Abwasseranlage **7,64** EUR pro m² Veranlagungsfläche b) für die ..... (Beitragssätze für Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen - Ergänzungsbeitrag - werden gesondert kalkuliert und festgesetzt, sobald entsprechende beitragsfähige Maßnahmen zur Verwirklichung anstehen.)
		3.	*Besteht nur die Möglichkeit, Niederschlagswasser abzunehmen, wird ein Drittel, bei alleiniger Abnahmemöglichkeit des Schmutzwassers werden zwei Drittel der nach den nachfolgenden Vorschriften (§§ 11 bis 15) ermittelten Veranlagungsflächen zugrunde gelegt.*
	§11	Grundstücksfläche	
		1.	Als Grundstücksfläche im Sinne von § 10 Abs. 1 gilt bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplans grundsätzlich die Fläche des Grundbuchgrundstücks; für außerhalb des Bebauungsplanbereichs liegende Grundstücksteile gelten die nachfolgenden Vorschriften in Abs. 2 und 3 entsprechend.
		2.	Wenn ein Bebauungsplan nicht besteht, gilt a) bei Grundstücken im Innenbereich grundsätzlich die Fläche des Grundbuchgrundstücks, b) bei Grundstücken im Innenbereich, die in den Außenbereich hineinragen, die Fläche bis zu einer Tiefe von 45 m, ausgehend von derjenigen Grundstücksseite, die - aus der Sicht des Innenbereichs - dem Außenbereich zugewandt ist (regelmäßig die gemeinsame Grenze des Grundstücks und der Erschließungsanlage, in welcher die Abwassersammelleitung verlegt ist). Überschreitet die bauliche, gewerbliche oder sonstige (abwasserbeitragsrechtlich relevante) Nutzung des Grundstücks die in Satz 1 bestimmte Tiefe, ist zusätzlich die übergreifende Nutzung zu berücksichtigen, sofern diese Fläche dem Innenbereich angehört. Dies gilt auch dann, wenn die Bebauung, gewerbliche oder sonstige Nutzung erst bei oder hinter der Begrenzung von 45 m beginnt. Grundstücksteile, die sich lediglich als wegemäßige Verbindung zum eigentlichen Grundstück darstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt, wenn sie an der breitesten Stelle 15,0 m nicht überschreiten. Bei in den Außenbereich hinausgehender baulicher, gewerblicher oder sonstiger (abwasserbeitragsrechtlich relevanter) Nutzung des Grundstücks ist die Tiefe der übergreifenden Nutzung dergestalt zu berücksichtigen, dass die bebaute oder gewerblich (aufgrund einer Baugenehmigung bebaubare oder gewerblich nutzbare) oder sonstiger (abwasserbeitragsrechtlich relevanter) Weise genutzte Fläche einschließlich einer Umgriffsfläche in einer Tiefe von 10 m - vom jeweils äußeren Rand der baulichen oder gewerblichen Nutzung/Nutzbarkeit gemessen - in Ansatz gebracht wird.
		3.	Bei Grundstücken im Außenbereich gilt die bebaute oder gewerblich genutzte/aufgrund einer Baugenehmigung bebaubare oder gewerblich nutzbare Fläche einschließlich einer Umgriffsfläche in einer Tiefe von 10 m - vom jeweils äußeren Rand der baulichen oder gewerblichen Nutzung/Nutzbarkeit gemessen. Gänzlich unbebaute oder gewerblich nicht genutzte Grundstücke, die tatsächlich an die öffentliche Einrichtung angeschlossen sind, werden mit der angeschlossenen, bevorteilten Grundstücksfläche berücksichtigt.
	§12	Nutzungsfaktor in beplanten Gebieten	

		1.	Der Nutzungsfaktor in beplanten Gebieten bestimmt sich nach der Zahl der im Bebauungsplan festgesetzten Vollgeschosse. Hat ein neuer Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 Abs. 1 Nr. 1 BauGB erreicht, ist dieser maßgebend. Werden die Festsetzungen des Bebauungsplans überschritten, ist die genehmigte oder vorhandene Zahl der Vollgeschosse, Gebäudehöhe oder Baumassenzahl zugrunde zu legen. Der Nutzungsfaktor beträgt: a) bei eingeschossiger Bebaubarkeit 1,0, b) bei zweigeschossiger Bebaubarkeit 1,25, c) bei dreigeschossiger Bebaubarkeit 1,5, d) bei viergeschossiger Bebaubarkeit 1,75. Bei jedem weiteren Vollgeschoss erhöht sich der Nutzungsfaktor um 0,25.
		2.	Ist nur die zulässige Gebäudehöhe (Traufhöhe) festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die höchst zulässige Höhe geteilt durch 2,2, wobei Bruchzahlen kaufmännisch auf- oder abgerundet werden. In Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i. S. v. § 11 BauNVO erfolgt die Teilung in Abweichung zu Satz 1 durch 3,5.
		3.	Ist weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Gebäudehöhe, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt, ist sie durch 3,5 zu teilen, wobei Bruchzahlen kaufmännisch auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden.
		4.	Bei Grundstücken, für die der Bebauungsplan a) Gemeinbedarfsflächen ohne Festsetzung der Anzahl der Vollgeschosse oder anderer Werte, anhand derer die Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 2 und 3 festgestellt werden könnte, vorsieht, gilt 1,25, b) nur gewerbliche Nutzung ohne Bebauung festsetzt oder bei denen die zulässige Bebauung im Verhältnis zu dieser Nutzung untergeordnete Bedeutung hat, gilt 1,0, c) nur Friedhöfe, Freibäder, Sportplätze sowie sonstige Anlagen, die nach ihrer Zweckbestimmung im Wesentlichen nur in einer Ebene genutzt werden können, gestattet, gilt für die bebaubaren Teile dieser Grundstücke 1,0, für die Restfläche 0,1, d) nur Garagen oder Stellplätze zulässt, gilt 0,5 e) landwirtschaftliche Nutzung festsetzt, gilt 0,1, f) Dauerkleingärten festsetzt, gilt 0,5, g) Kirchengebäude oder ähnliche Gebäude mit religiöser Zweckbestimmung festsetzt, gilt 1,25 als Nutzungsfaktor.
		5.	Sind für ein Grundstück unterschiedliche Vollgeschosszahlen, Gebäudehöhen oder Baumassenzahlen festgesetzt, ist der Nutzungsfaktor unter Beachtung dieser unterschiedlichen Werte zu ermitteln.
		6.	Enthält der Bebauungsplan keine Festsetzungen über die Anzahl der Vollgeschosse oder der Gebäudehöhe oder der Baumassenzahlen, anhand derer sich der Nutzungsfaktor ermitteln lässt, gelten die Vorschriften für den unbeplanten Innenbereich nach § 14 entsprechend.
	§14	Nutzungsfaktor im unbeplanten Innenbereich	
		1.	Im unbeplanten Innenbereich wird zur Bestimmung des Nutzungsfaktors auf die Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse abgestellt. Sind Grundstücke unbebaut, wird auf die Höchstzahl der in ihrer unmittelbaren Umgebung

			vorhandenen Vollgeschosse abgestellt.
		2.	Ist im Bauwerk kein Vollgeschoss vorhanden, gilt als Zahl der Vollgeschosse die tatsächliche Gebäudehöhe, geteilt durch 3,5, für insgesamt gewerblich oder industriell genutzte Grundstücke; durch 2,2 für alle in anderer Weise baulich genutzte Grundstücke. Bruchzahlen werden hierbei kaufmännisch auf volle Zahlen auf- oder abgerundet.
		3.	Die in § 12 Abs. 1 festgesetzten Nutzungsfaktoren je Vollgeschoss gelten entsprechend.
		4.	*Bei Grundstücken, die* *a) als Gemeinbedarfsflächen unbebaut oder im Verhältnis zu ihrer Größe untergeordnet bebaut sind (z. B. Festplatz u. Ä.), gilt 0,5,* *b) nur gewerblich ohne Bebauung oder mit einer im Verhältnis zur gewerblichen Nutzung untergeordneten Bebauung genutzt werden dürfen, gilt 1,0,* *c) nur Friedhöfe, Freibäder, Sportplätze sowie sonstige Anlagen, die nach ihrer Zweckbestimmung im Wesentlichen nur in einer Ebene genutzt werden können, gilt für die bebauten Teile dieser Grundstücke 1,0, für die Restfläche 0,1,* *d) wegen ihrer Größe nur mit Garagen bebaut, als Stellplatz oder in ähnlicher Weise genutzt werden können, gilt 0,5,* *e) mit Kirchengebäuden oder ähnlichen Gebäuden mit religiöser Zweckbestimmung bebaut sind, gilt 1,25* *als Nutzungsfaktor.*
	§15	Nutzungsfaktor in Sonderfällen	
		1.	Bei gänzlich unbebauten - aber dennoch angeschlossenen - Außenbereichsgrundstücken gilt als Nutzungsfaktor 0,5 (bezogen auf die gemäß § 11 Abs. 3 ermittelte Grundstücksfläche).
		2.	Bei bebauten Außenbereichsgrundstücken bestimmt sich der Nutzungsfaktor (bezogen auf die gemäß § 11 Abs. 3 ermittelte bebaute Fläche) nach den Regelungen des § 14 Abs. 1 bis 3.
		3.	Geht ein Grundstück vom Innenbereich in den Außenbereich über, so gelten die Nutzungsfaktoren der §§ 12 bis 14 für das Teilgrundstück im Innenbereich jeweils entsprechend. Für das Teilgrundstück im Außenbereich gelten die vorstehenden Absätze 1 und 2 entsprechend (bezogen auf die gemäß § 11 Abs. 2 b) Satz 5 ermittelte Grundstücksfläche).
	§16	Gegenstand der Beitragspflicht	
		Der Beitragspflicht unterliegen die an die Abwasseranlage angeschlossenen Grundstücke; die anschließbaren, wenn sie bebaut sind bzw. gewerblich genutzt werden oder baulich, gewerblich oder in abwasserbeitragsrechtlich relevanter Weise genutzt werden dürfen.	
	§17	Entstehen der Beitragspflicht	
		1.	Wird ein Beitrag für das Verschaffen der erstmaligen Anschlussmöglichkeit erhoben, so

			entsteht die Beitragspflicht, sobald das Grundstück an die Einrichtung angeschlossen werden kann.
		2.	Im Übrigen entsteht die Beitragspflicht mit der Fertigstellung der beitragsfähigen Erneuerungs-/Erweiterungsmaßnahme. Im Falle einer Teilmaßnahme entsteht die Beitragspflicht mit der Fertigstellung des Teils.
	§18	Ablösung des Abwasserbeitrags	
		Vor Entstehen der Beitragspflicht kann der Beitrag abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag bestimmt sich nach der Höhe des voraussichtlichen Beitrags. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.	
	§19	Beitragspflichtige, öffentliche Last	
		1.	Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheids Eigentümer des Grundstücks ist. Wenn das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet ist, ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig.
		2.	Bei Wohnungs- oder Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.
		3.	Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.
		4.	Der Beitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück bzw. - bei Bestehen eines solchen - auf dem Erbbaurecht bzw. bei Bestehen eines Wohungs- und Teileigentums auf diesem.
	§20	Vorausleistungen	
		1.	Die Gemeinde kann, unabhängig vom Baufortschritt und von der Absehbarkeit der Fertigstellung, Vorausleistungen bis zur Höhe des voraussichtlichen Beitrags ab Beginn der Maßnahme verlangen.
		2.	Die Vorausleistung ist auf die endgültige Beitragsschuld anzurechnen, auch wenn die oder der Vorausleistende nicht endgültig beitragspflichtig ist. Dies gilt auch, wenn eine überschüssige Vorausleistung zu erstatten ist.
	§21	Fälligkeit	
		Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheids fällig.	
	§22	Grundstücksanschlusskosten	
		1.	Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung, Unterhaltung oder Beseitigung der Anschlussleitungen ist der Gemeinde in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten. Der Erstattungsanspruch entsteht mit der Fertigstellung der erstattungspflichtigen Maßnahme; er wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheids fällig.
		2.	Erstattungspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Bescheids Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte erstattungspflichtig. Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil erstattungspflichtig. Mehrere Erstattungspflichtige haften als Gesamtschuldner.
		3.	Der Erstattungsanspruch ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück - bei Bestehen eines

solchen - auf dem Erbbaurecht bzw. dem Wohnungs- und Teileigentum auf diesem.

4. Die Durchführung der Maßnahme nach Abs. 1 kann von der Entrichtung einer angemessenen Vorausleistung abhängig gemacht werden.

§23 Benutzungsgebühren

1. Die Gemeinde erhebt zur Deckung der Kosten im Sinne des § 10 Abs. 2 KAG Gebühren für das Einleiten (a, b) bzw. Abholen (c, d) und Behandeln von

   a) Niederschlagswasser,

   b) Schmutzwasser,

   c) Schlamm aus Kleinkläranlagen,

   d) Abwasser aus Gruben.

2. Die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Gemeinde, die Abwasserabgabe, die von anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts auf die Gemeinde umgelegt wird sowie der Aufwand für die Eigenkontrolle und die Überwachung der Zuleitungskanäle entsprechend den Bestimmungen der aufgrund des § 46 Abs. 2 Nr. 3 HWG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.05.2005 [GVBl. I S. 305], zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.03.2010 [GVBl. I S 85]) erlassenen Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) vom 23.07.2010 (GVBl. I S. 257) werden über die Abwassergebühren für das Einleiten von Schmutzwasser abgewälzt.

§24 Gebührenmaßstäbe und -sätze für Niederschlagswasser

1. Gebührenmaßstab für das Einleiten von Niederschlagswasser ist die bebaute und künstlich befestigte Grundstücksfläche, von der das Niederschlagswasser in die Abwasseranlage eingeleitet wird oder abfließt, pro Quadratmeter wird eine Gebühr von ~~0,68 Euro~~ jährlich erhoben. Ab dem Kalenderjahr 2023 beträgt diese Gebühr ~~0,63 EUR~~ jährlich. **01.01. - 31.12.2026 0,91 EUR**
   01.01. - 31.12 2027 0,87 EUR

2. **01.01. - 31.12.2028 0,87 EUR**

   Die bebaute und künstlich befestigte Grundstücksfläche wird unter Berücksichtigung des Grades der Wasserdurchlässigkeit für die einzelnen Versiegelungsarten nach folgenden Faktoren festgesetzt:

1.	**Dachflächen**	
1.1	Flachdächer, geneigte Dächer	1,0
1.2	Kiesdächer	0,5
1.3	Gründächer	
	a) mit einer Aufbaudicke bis 10 cm	0,5
	b) mit einer Aufbaudicke ab 10 cm	0,3
2.	**Befestigte Grundstücksflächen**	
2.1	Beton-, Schwarzdecken (Asphalt, Teer o. Ä.),Pflaster mit Fugenverguss, sonstige wasserundurchlässige Flächen mit Fugendichtung	1,0
2.2	Pflaster (z. B. auch Rasen- oder Splittfugenpflaster), Platten - jeweils ohne Fugenverguss	
	a) bis zu einer Fugenbreite von 15 mm	0,7
	b) mit einer größeren Fugenbreite als 15 mm	0,6
2.3	wassergebundene Decken (aus Kies, Splitt, Schlacke o. Ä.)	0,5
2.4	Porenpflaster oder ähnlich wasserdurchlässiges Pflaster	0,4
2.5	Rasengittersteine	0,2

		3.	Bei der Ermittlung bebauter und künstlich befestigter Grundstücksflächen bleiben solche Flächen ganz oder teilweise außer Ansatz, von denen dort anfallendes Niederschlagswasser in Zisternen oder ähnlichen Vorrichtungen (Behältnissen) zum Auffangen von Niederschlagswasser mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 m³ gesammelt wird, und zwar bei den vorstehend genannten Vorrichtungen a) <u>ohne</u> direkten oder mittelbaren Anschluss an die Abwasseranlage, die hierüber entwässerte Fläche in vollem Umfang, b) mit einem Anschluss an die Abwasseranlage ohne Verwendung des Niederschlagswassers (z.B. Versickerungsgrube) diejenige Fläche, die sich durch Division des Inhalts der Versickerungseinrichtung (Kubikmeter) durch 0,05 ergibt, c) <u>mit</u> einem Anschluss an die Abwasseranlage bei Verwendung des Niederschlagswassers - als Brauchwasser, diejenige Fläche, die sich durch Division des Zisterneninhalts (in Kubikmetern) durch 0,05 ergibt; wird zusätzlich Niederschlagswasser zur Gartenbewässerung benutzt, erhöht sich die so ermittelte Fläche um 10 %, - zur alleinigen Gartenbewässerung, diejenige Fläche, die sich aus der Division des Zisterneninhalts (in Kubikmetern) durch 0,10 ergibt.
		4.	Ist die gebührenpflichtige Fläche, von der Niederschlagswasser in Zisternen oder ähnliche Vorrichtungen gesammelt wird, geringer als die aufgrund des Zisternenvolumens errechnete, außer Ansatz zu lassende Fläche, so bleibt nur diejenige Fläche unberücksichtigt, von der Niederschlagswasser in die zuvor genannten Vorrichtungen eingeleitet wird.
		5.	Ändert sich die gebührenpflichtige Fläche, so ist dies bei der Festsetzung der Gebühren ab dem Monat zu berücksichtigen, der der Mitteilung der Änderung folgt.
	§25	Mitwirkungspflichten der Grundstückseigentümer	
		1.	Die Gemeinde kann von den Grundstückseigentümern eine Aufstellung der bebauten und künstlich befestigten Flächen verlangen, die an die Abwasseranlage angeschlossen sind bzw. von denen Niederschlagswasser der Abwasseranlage zufließt.
		2.	Bei Verwendung von Zisternen oder ähnlichen Vorrichtungen für das Sammeln von Niederschlagswasser sind die Grundstückseigentümer verpflichtet, genaue Angaben zu deren Anschluss und Volumen zu machen und anzugeben, welcher Verwendung das gesammelte Niederschlagswasser zugeführt wird. Die Verwendung von Niederschlagswasser als Brauchwasser muss der Gemeinde schriftlich angezeigt werden; die Brauchwassermenge muss durch einen privaten, fest installierten und geeichten Wasserzähler gemessen werden.
		3.	Die Grundstückseigentümer sind verpflichtet, der Gemeinde jede Änderung der bebauten und künstlich befestigten Grundstücksflächen, von denen Niederschlagswasser der Abwasseranlage zugeführt wird bzw. zu ihr abfließt, unverzüglich bekanntzugeben. Gleiches gilt für die Änderung von Zisternen oder ähnlichen Vorrichtungen zum Sammeln von Niederschlagswasser.

§26 Gebührenmaßstäbe und -sätze für Schmutzwasser

1. Gebührenmaßstab für das Einleiten häuslichen Schmutzwassers ist der Frischwasserverbrauch auf dem angeschlossenen Grundstück.

Die Gebühr beträgt pro m³ Frischwasserverbrauch

a) bei zentraler Abwasserreinigung in der Abwasseranlage ~~2,80 EUR,~~ *

b) bei notwendiger Vorreinigung des Abwassers in einer Grundstückskläreinrichtung ~~2,80 EUR.~~ *

* 01.01. - 31.12.2026 3,49 EUR
01.01. - 31.12.2027 3,52 EUR
01.01. - 31.12.2028 3,55 EUR

2. Gebührenmaßstab für das Einleiten nicht häuslichen Schmutzwassers ist der Frischwasserverbrauch auf dem angeschlossenen Grundstück unter Berücksichtigung des Verschmutzungsgrads. Der Verschmutzungsgrad wird grundsätzlich durch Stichproben - bei vorhandenen Teilströmen in diesen - ermittelt und als chemischer Sauerstoffbedarf aus der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe (CSB) nach DIN 38409-H41 (Ausgabe Dezember 1980) dargestellt. Wird ein erhöhter Verschmutzungsgrad gemessen, ist das Messergebnis dem Abwassereinleiter innerhalb von zwei Wochen nach Eingang bei der Gemeinde bekanntzugeben.

Die Gebühr beträgt pro m³ Frischwasserverbrauch 2,84 EUR bei einem CSB bis 800 mg/l; bei einem höheren CSB wird die Gebühr vervielfacht mit dem Ergebnis der Formel

$$0{,}5 \times \frac{\text{festgestellter CSB}}{800} + 0{,}5$$

Wird ein erhöhter Verschmutzungsgrad nur im Abwasser eines Teilstroms der Grundstücksentwässerungsanlage festgestellt, wird die erhöhte Gebühr nur für die in diesen Teilstrom geleitete Frischwassermenge, die durch private Wasserzähler zu messen ist, berechnet. Liegen innerhalb eines Kalenderjahres mehrere Feststellungen des Verschmutzungsgrads vor, kann die Gemeinde der Gebührenfestsetzung den rechnerischen Durchschnittswert zugrunde legen.

§27 Ermittlung des gebührenpflichtigen Frischwasserverbrauchs

1. Als gebührenpflichtiger Frischwasserverbrauch gelten alle Wassermengen, die

a) aus öffentlichen Wasserversorgungsanlagen,

b) zur Verwendung als Brauchwasser aus anderen Anlagen und Gewässern

entnommen werden.

2. Werden gebührenpflichtige Wassermengen nicht als Abwasser der Abwasseranlage zugeführt, bleiben sie auf Antrag des Gebührenpflichtigen - auf dessen Nachweis - bei der Bemessung der Abwassergebühren unberücksichtigt.

Dieser Nachweis ist durch das Messergebnis eines privaten Wasserzählers zu führen, ansonsten - wenn eine Messung nicht möglich ist - durch nachprüfbare Unterlagen (z. B. Sachverständigengutachten), die eine zuverlässige Schätzung der Abwassermenge ermöglichen.

3. Anträge auf Absetzung nicht zugeführter Wassermengen sind spätestens innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zu stellen.

4. Anstelle der Ermittlung des gebührenpflichtigen Frischwasserverbrauchs kann die Gemeinde auf Antrag des Gebührenpflichtigen die Messung der Abwassermenge durch einen privaten Abwasserzähler zulassen. Die Gebühr bestimmt sich dann nach der

			gemessenen Abwassermenge.
		5.	Private Wasser- und Abwasserzähler müssen geeicht sein; sie werden von der Gemeinde, die auch die Einbaustelle festlegt, verplombt. Bestehen Zweifel an der Richtigkeit des Messergebnisses, sind die Messeinrichtungen durch eine staatlich anerkannte Prüfstelle oder die Eichbehörde zu überprüfen. Die Kosten der Überprüfung trägt derjenige, zu dessen Ungunsten die Überprüfung ausfällt. Alle Aufwendungen für Anschaffung, Ein- und Ausbau, Unterhaltung, Eichung etc. hat der Gebührenpflichtige zu tragen.
		6.	Bei unerlaubtem Einleiten wird die Abwassermenge von der Gemeinde geschätzt.
	§28	Gebührenmaßstäbe und -sätze für Schlamm aus Kleinkläranlagen und Abwasser aus Gruben	
		Gebührenmaßstab für das Abholen und Behandeln von Schlamm aus Kleinkläranlagen und Abwasser aus Gruben ist die abgeholte Menge dieser Stoffe. Die Gebühr beträgt pro angefangenem m³ a) Schlamm aus Kleinkläranlagen 77,00 EUR, b) Abwasser aus Gruben 58,00 EUR. Ist zum Absaugen des Inhalts einer Kleinkläranlage oder einer Grube die Verlegung einer Saugleitung von mehr als 20 m Länge erforderlich, wird für jeden weiteren Meter ein Gebührenzuschlag von 0,30 EUR erhoben.	
	§29	Verwaltungsgebühr	
		1.	Für jedes Ablesen eines privaten Wasser- oder Abwasserzählers ist eine Verwaltungsgebühr von 2,00 EUR zu zahlen.
		2.	Für jede gewünschte Zwischenablesung einer gemeindlichen oder privaten Messeinrichtung hat der Antragsteller eine Verwaltungsgebühr von 8,00 EUR zu entrichten; für den zweiten und jeden weiteren Zähler ermäßigt sich die Verwaltungsgebühr auf jeweils 2,00 EUR.
	§30	Entstehen und Fälligkeit der Gebühren; öffentliche Last	
		1.	Die Gebühr für das Einleiten und Behandeln von Niederschlags- und Schmutzwasser (laufende Benutzungsgebühr) entsteht jährlich; sie ist einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.
		2.	Die Gebühr für das Abholen und Behandeln von Schlamm aus Kleinkläranlagen und Abwasser aus Gruben entsteht mit dem Abholen, die Verwaltungsgebühr entsteht mit der jeweiligen Amtshandlung; sie sind einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.
		3.	Die grundstücksbezogenen Benutzungsgebühren nach § 23, 24, 26, 28 ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.
	§31	Beauftragung Dritter bei der Gebührenerhebung	
		Die Ermittlung von Berechnungsgrundlagen, die Gebührenberechnung, die Ausfertigung und Versendung von Gebührenbescheiden sowie die Entgegennahme der zu entrichtenden Gebühren werden von den Beauftragten Energieversorgung Offenbach AG wahrgenommen.	
	§32	Vorauszahlungen	
		Die Gemeinde kann monatliche Vorauszahlungen auf die Benutzungsgebühr verlangen; diese orientieren sich grundsätzlich an der Gebührenhöhe des vorangegangenen	

		Abrechnungszeitraums.	
	§33	Gebührenpflichtige	
		1.	Gebührenpflichtig ist, wer im Abrechnungszeitraum Eigentümer des Grundstücks ist. Der Erbbauberechtigte ist anstelle des Grundstückseigentümers gebührenpflichtig. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.
		2.	Tritt im Abrechnungszeitraum ein Wechsel im Eigentum oder Erbbaurecht ein, so wird der neue Eigentümer oder Erbbauberechtigte gebührenpflichtig mit Beginn des Monats, welcher dem Eigentumsübergang folgt.
	§34	Abwälzung der Kleineinleiterabgabe	
		1.	Die von der Gemeinde an das Land zu entrichtende Abwasserabgabe für Kleineinleitungen im Sinne der §§ 8, 9 Abs. 2 AbwAG und des § 8 HessAbwAG wird auf die Eigentümer der Grundstücke abgewälzt, von denen Schmutzwasser direkt in ein Gewässer oder in den Untergrund eingeleitet wird, ohne dass das gesamte Schmutzwasser des jeweiligen Grundstücks in einer Abwasserbehandlungsanlage behandelt wird, die mindestens den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht.
		2.	§ 30 Abs. 1 gilt entsprechend.
IV.		**Allgemeine Mitteilungspflichten, Zutrittsrecht, Betriebsstörungen und Ordnungswidrigkeiten**	
	§35	Allgemeine Mitteilungspflichten	
		1.	Änderungen im Grundstückseigentum bzw. Erbbaurecht sind der Gemeinde vom bisherigen und neuen Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigten unverzüglich mitzuteilen.
		2.	Der Anschlussnehmer, der bauliche Veränderungen an Grundstücksentwässerungsanlagen vornehmen lassen will, hat dies der Gemeinde rechtzeitig anzuzeigen.
		3.	Wer gewerbliches Abwasser oder mit gewerblichem Abwasser vergleichbares Abwasser einleitet, hat der Gemeinde oder den Beauftragten der Gemeinde alle mit der Abwasserentstehung und -fortleitung zusammenhängenden Auskünfte über Art, Menge und Entstehung des Abwassers zu erteilen. Die Gemeinde kann verlangen, dass hierzu ein von ihr vorgegebener Fragebogen in schriftlicher Form zu beantworten ist; hierfür können Fristen gesetzt werden.
	§36	Zutrittsrecht	
		Der Anschlussnehmer hat den Bediensteten oder Beauftragten der Gemeinde, die sich auf Verlangen auszuweisen haben, den Zutritt zu den Grundstücksentwässerungsanlagen, Wasserverbrauchsanlagen, Wassergewinnungsanlagen, Versickerungseinrichtungen und Anschlussleitungen zu gestatten, soweit dies zur Prüfung der technischen Einrichtungen oder Wahrnehmung sonstiger Rechte und Pflichten nach dieser Satzung, insbesondere zum Ablesen der Messeinrichtungen, erforderlich ist.	
	§37	Haftung bei Entsorgungsstörungen	
		Die Gemeinde haftet für Schäden durch Betriebsstörungen an der Abwasseranlage, sofern bei Schäden an Körper und Gesundheit Vorsatz oder Fahrlässigkeit, bei anderen Schäden Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt.	
	§38	Ordnungswidrigkeiten	
		1.	(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen 1. § 4 Abs. 1 ein Grundstück nicht ordnungsgemäß an die Abwasseranlage anschließt;

			2. § 4 Abs. 2 Abwasser, das der Beseitigungspflicht unterliegt, nicht der Abwasseranlage zuführt; 3. § 4 Abs. 4 den Anschluss eines Grundstücks oder die Zuführung von Abwasser ohne Genehmigung vornimmt; 4. § 5 Abs. 1 Grundstücksentwässerungsanlagen nicht nach den jeweils geltenden bau- und wasserrechtlichen Vorschriften sowie den Bestimmungen des Deutschen Normenausschusses herstellt, unterhält und betreibt; 5. § 6 Abs. 1 Grundstückskläreinrichtungen in den dort genannten Fällen nicht anlegt oder nicht ordnungsgemäß betreibt; 6. § 6 Abs. 2 Niederschlagswasser in die Grundstückskläreinrichtung einleitet; 7. § 6 Abs. 3 Schlamm aus Kleinkläranlagen sowie Abwasser aus Sammelgruben nicht der Gemeinde überlässt; 8. § 6 Abs. 4 Grundstückskläreinrichtungen nicht stilllegt, sobald die Abwasseranlage die Behandlung des Abwassers sicherstellt; 9. § 7 Abs. 1 Abwasser einleitet, das nach dieser Bestimmung nicht eingeleitet werden darf; 10. § 7 Abs. 2 Abfälle und die in dieser Bestimmung weiter genannten Stoffe sowie Kondensate ohne Genehmigung in die Abwasseranlage einbringt; 11. § 7 Abs. 3 die dort genannten Anlagen an die Abwasseranlage anschließt oder Kühlwasser einleitet; 12. § 7 Abs. 4 Anlagen zum Zurückhalten von im Abwasser enthaltenen unzulässigen Stoffen nicht einbaut oder nicht ordnungsgemäß betreibt; 13. § 7 Abs. 6 Grundwasser in die Abwasseranlage einleitet; 14. § 8 Abs. 4 Abwasser zum Erreichen der Einleitungsgrenzwerte verdünnt; 15. § 8 Abs. 7 das von der Gemeinde auferlegte Betriebstagebuch nicht ordnungsgemäß führt; 16. § 8 Abs. 8 nicht häusliches Abwasser einleitet, das einen der in § 8 Abs. 1 und 3 festgelegten Einleitungsgrenzwert überschreitet; 17. § 9 Abs. 7 ein von der Gemeinde gefordertes Probenahmegerät oder selbstaufzeichnendes Messgerät nicht errichtet, nicht dauerhaft betreibt und in betriebsbereitem Zustand hält oder den Bediensteten oder Beauftragten der Gemeinde den Zugang zu den technischen Einrichtungen nicht jederzeit ermöglicht; 18. § 25 Abs. 1 bis 3 verankerten Mitwirkungspflichten nicht oder unzureichend nachkommt; 19. § 35 Abs. 1 und 2 genannten Mitteilungspflichten nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt; 20. § 35 Abs. 3 die von der Gemeinde geforderten Auskünfte nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig, nicht in der verlangten Form oder wahrheitswidrig erteilt; 21. § 36 den Bediensteten oder Beauftragten der Gemeinde den Zutritt zu den in dieser Bestimmung genannten Anlagen und Einrichtungen verweigert.
		2.	Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von 5 bis 10.000 EUR geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, kann es überschritten werden.
		3.	Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde ist der Gemeindevorstand.
	§39	Inkrafttreten	

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung mit dem hierzu ergangenen Beschluss der Gemeindevertretung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Die Änderung der Satzung wird zum 01.01.2022 wirksam.

Mainhausen, den 09.11.2021

Der Gemeindevorstand

.....

Frank Simon, Bürgermeister